

Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke

Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung, März 2009

An der Erarbeitung und Diskussion dieses Beitrags haben mitgearbeitet: Effi Böhlke, Lutz Brangsch, Michael Brie, Mario Candeias, Erhard Crome, Judith Dellheim, Conny Hildebrandt, Christina Kaindl, Dieter Klein, Günter Krause und Rainer Rilling.

Zusammenfassende Thesen

1. Erstmals in der Geschichte verbindet sich eine globale Finanz- und Wirtschaftskrise mit einer globalen ökologischen Krise und der Krise der elementarsten Lebensgrundlagen der Menschheit. Staatenzerfall und imperiale Tendenzen führen zu Kriegen und erhöhen die Gefahr atomarer Konflikte. Die Krisen beschränken sich nicht auf die inneren und äußeren Peripherien – diesmal trifft es das Zentrum des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus selbst. Die Tiefe der Krisen spricht nicht für eine zyklisch-konjunkturelle, sondern eine lang anhaltende strukturelle Krise.
2. Die Krise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus ist in seinem Zentrum ausgebrochen und hat eine zentrale systemische Ursache: Sie wurde ausgelöst durch eine bisher nicht gekannte Verselbständigung der Finanzsphäre gegenüber den anderen wirtschaftlichen Bereichen und die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Bereiche in spekulative Finanzgeschäfte jenseits jeglicher Möglichkeit gesellschaftlicher bzw. staatlicher Gestaltung.
3. Eine solidarische Mischwirtschaft kooperativ organisierter Eigentumsformen, eine Demokratie der Partizipation, soziale Sicherheit als Bedingung von Freiheit und Frieden durch gemeinsame Entwicklung sind überlebensnotwendige Alternativen. Sozialökologischer Umbau, radikale Demokratisierung und globale solidarische Kooperation sind entscheidende Herausforderungen im 21. Jahrhundert.
4. Den aufbrechenden Krisenerscheinungen und ihrer Verschränkung hat der bestehende Block an der Macht keine produktiven Lösungen mehr entgegen zu setzen, die die Interessen der untergeordneten Gruppen und Klassen berücksichtigen und damit den aktiven Konsens zum neoliberalen Projekt wieder herstellen könnten. Er ist zur Veränderung gegenüber bisherigen neoliberalen Strategien gezwungen.
5. Krisen sind geschichtliche Momente höchster Unsicherheit. Weder ihr konkreter Ausbruch, noch ihr Verlauf oder ihre Ergebnisse sind vorhersehbar. Aus partikularen Krisen einzelner Sektoren können umfassende strukturelle Krisen werden. Sie sind nicht beendet, wenn die Probleme gelöst sind, sondern wenn Verhältnisse entstanden sind, in denen die einen kein Interesse an weiteren grundlegenden Veränderungen mehr haben und die anderen keine Kraft mehr, sie durchzusetzen. Auf Krisen kann reaktionär, konservativ, progressiv oder transformatorisch geantwortet werden.
6. Folgende Tendenzen innerhalb des Neoliberalismus, die zugleich über ihn hinausweisen, entwickeln sich zur Zeit parallel: (a) der Übergang vom (auch staatlich betriebenen) Marktradikalismus zum neuen Staatsinterventionismus; (b) der Kampf um die Regulierung der internationalen Finanzmärkte; (c) die Auseinandersetzung um einen New Public Deal; (d) die Strategien eines Green New Deal sowie (e) der Kampf um eine gerechtere Weltordnung im Rahmen der Millenniumsziele. Charakteristisch sind (f) die Entstehung einer ganzen Variationsbreite und die Konkurrenz von »post-neoliberalen« Entwicklungspfaden. Ange-

»Probleme kann man niemals mit der gleichen Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.«

Albert Einstein

»Alles für uns selbst und nichts für die Anderen, scheint in jeder Epoche der Menschheit die widerwärtige Maxime der Herren der Welt gewesen zu sein.«

Adam Smith

»Man kann sich aussuchen, was mehr Erschrecken auslöst: Die Kernschmelze des globalen Bankensystems, die horrenden Kosten der Rettungsversuche und die Negativfolgen für Investitionen, Beschäftigung und Einkommen in der ›Realwirtschaft‹, der zunehmende Hunger in der Welt... oder der Temperaturanstieg in der Antarktis um 5° Celsius in diesem bemerkenswerten Jahr 2008.«

Elmar Altvater

»Die Menschen der Herrschaftswelt müssen endlich begreifen, dass es so nicht weiter gehen kann. Jeden Tag sterben hunderte Menschen am Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen. 963 Millionen Menschen sind permanent schwerstens unterernährt, alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. Laut Welternährungsorganisation aber könnte die derzeitige Landwirtschaft problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren, also das Doppelte der Menschheit. Ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet. Wir brauchen einen neuen planetarischen Gesellschaftsvertrag.«

Jean Ziegler, Mitglied des beratenden Ausschusses des UN-Menschenrechtsrats und früherer UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung

sichts der unleugbaren Widersprüche und Konflikte, auf die alle diese Projekte stoßen, und vor dem Hintergrund des Interesses der herrschenden Eliten, ihre Vormacht um fast jeden Preis zu verteidigen, wird (g) mit starken autoritären Tendenzen zu rechnen sein. Auch zeichnen sich mit Blick auf den »globalen Süden« parallel Tendenzen autonomer Entwicklungsmodelle und internationaler Kooperation einerseits und vertiefte Formen neokolonialer Ausbeutung bei verschärfter globaler Konkurrenz andererseits ab.

7. Die Tiefe der gegenwärtigen Krise wird dazu führen, dass sich kurzfristig keine dauerhafte Lösung durchsetzt. Die noch ungebrochene Vormacht neoliberaler Kräfte des Finanzmarkt-Kapitalismus blockiert grundsätzliche Alternativen. Verschiedene Ansätze werden nebeneinander stehen. Es kommt zu einer Konstellation der Offenheit und des Übergangs, die vielleicht ein Jahrzehnt dauern kann. Da viele Grundprobleme nicht substantiell angegangen werden, wächst die Gefahr noch schlimmerer finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Krisen. Eine wirkliche ökologische Wende ist bisher nicht in Sicht.
8. Hauptaufgaben einer erneuerten Linken werden sein,
 - Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Lohnabhängigen, sozial Schwächere und den globalen Süden mit der Entwicklung einer an den Werten globaler Solidarität orientierten Perspektive zu verbinden, soziale Kämpfe zu organisieren und zu vernetzen;
 - Räume für die Zusammenarbeit und Selbstorganisation der Akteure zu schaffen, die bereit sind, Alternativen zu entwickeln und zu leben;
 - reaktionären Antworten fortgesetzter Enteignung, Entdemokratisierung und neuer Kriege mit aller Entschiedenheit zu begegnen;
 - die konservative Fortsetzung des Neoliberalismus mit veränderten Methoden zu verhindern;
 - progressive Formen der staatlichen Intervention, der Erneuerung des Öffentlichen, des sozialökologischen Umbaus und solidarischer globaler Entwicklung zu unterstützen
 - und Ansätze der Transformation über den Kapitalismus hinaus zu entwickeln, sowie Schritte zu einem sozialökologischen Umbau einzuleiten und Elemente einer solidarischen Gesellschaft durchzusetzen.
9. Die Linke kann auf drei Ebenen gleichzeitig eingreifen: Durch Protest, Kritik und

Aufklärung, Kampf um die Deutungen der Krise und Ausarbeitungen solidarischer Bearbeitungsformen sowie durch Eingreifen in Entscheidungsprozesse und praktische Gestaltung. Sie muss sich im strategischen Dreieck linker Politik von sozialem Lernen, breitester Bündnispolitik und Veränderung gesellschaftlicher Eigentums- und Machtverhältnisse bewähren. Es geht um den Kampf von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen und linken parteipolitischen Kräften für konkrete Einstiegsprojekte solidarischer Veränderung.

10. Die Linke ist aus ihrer Minderheitenposition gefordert, das Handlungsmonopol der Herrschenden zu brechen und durch konkrete Beispiele zu beweisen, dass überzeugende Alternativen möglich sind, dass es also anders besser geht. Das Versagen des Neoliberalismus ist nur die Voraussetzung für eine andere Entwicklung. Erst der praktische Erfolg solidarischer Alternativen wird die Hegemonie des Finanzmarkt-Kapitalismus wirklich brechen. Das Konzept einer solidarischen Gesellschaft repräsentiert dabei nicht nur eine andere Art des Wirtschaftens, sondern auch von politischer Kultur und Lebensweise.
11. Linke Bewegungen müssen insbesondere dort handeln, wo sie stark sind – und das sind sie vor allem auf lokaler und kommunaler Ebene und in den Betrieben. Es sollten die politischen Aktionen in den Vordergrund gestellt werden, die gleichermaßen auf die Durchsetzung von demokratischen Formen gesellschaftlicher Regulierung und gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Gesellschaft gerichtet sind.
12. Der Kampf gegen Armut, die Umverteilung von oben nach unten und von privat zu öffentlich, die Vergesellschaftung des Finanzsektors, Wirtschaftsdemokratie und Demokratisierung der Demokratie, eine Politik der Vollbeschäftigung und guten Arbeit, der Aufbau eines solidarischen Bildungssystems und die Erneuerung und Demokratisierung der Kommunalwirtschaft, die Entwicklung eines entgeltfreien Öffentlichen Personen-Nahverkehrs sowie eine aktive Friedenspolitik und der Einsatz für eine solidarische und demokratische Erneuerung der Europäischen Union und globale solidarische Entwicklung sind Grundelemente linker Politik.
13. Es ist Zeit, nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in Europa und weltweit die Perspektive einer Transformation, die über den Kapitalismus hinausweist, das Ziel einer solidarischen Gesellschaft auf die Tagesordnung zu setzen.

Eine neue geschichtliche Situation

Die schöne neue Welt des Neoliberalismus liegt in Trümmern. Sein Reichtum erwies sich als Raub, Schein und Betrug. Die versprochene Freiheit ist zu allgemeiner Unsicherheit und verbreiteter Armut geworden. Seine Kriege sind verloren. Der Hunger in der Welt nimmt zu und die globale Erwärmung wird immer schneller.

Es gibt dazu keine Alternative: Der Neoliberalismus muss im Orkus der Geschichte verschwinden. Seine Handlanger sind zur Rechenschaft zu ziehen. Zwei Antworten werden diskutiert – die des Weltwirtschaftsforums der Eliten des globalen Finanzmarkt-Kapitalismus einerseits und die des Weltsozialforums im brasilianischen Belém andererseits. Die einen diskutieren, wie die Funktionssicherheit für das global agierende Finanzkapital wiederhergestellt werden kann, um die Verwandlung der Welt in eine Ware fortsetzen zu können. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Weltsozialforum dagegen erörtern, wie sie mit ihrem Widerstand gegen die Abwälzung von Krisenauswirkungen auf die Bevölkerungsmehrheiten und insbesondere auf die sozial Schwächsten gesellschaftspolitische Alternativen einleiten können. Wie durch eine Umverteilung von oben nach unten und von privat zu öffentlich, wie durch Demokratisierung von Finanzen, Wirtschaft und Gesellschaft, durch Regionalisierung und Kommunalisierung ein grundsätzlicher Richtungswechsel eingeleitet werden kann hin zu einer Welt, in der jede und jeder selbstbestimmt in Würde, solidarischem Miteinander und intakter Natur leben kann. Für die einen befindet sich nur die konkrete Form kapitalistischer Globalisierung in der Krise, für die anderen ist es die Krise dieser Globalisierung selbst.

Der dreißigjährige Siegeszug des Neoliberalismus war zugleich eine Kette von Niederlagen der Linken. Die Linke der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es nicht mehr. Die wenigen Versuche der Anpassung an gesellschaftliche Entwicklungen und sozialen Wandel scheiterten am Strukturkonservatismus der eigenen Organisationen. Selbstverständnis und Identität

entfernten sich von den realen ausdifferenzierenden und individualisierenden Lebens- und Arbeitsweisen und blockierten zögerliche Prozesse realer Selbstveränderung. Deshalb ist die Stunde der Krise des Neoliberalismus nicht die Stunde einer starken, erneuerten Linken, weder in Deutschland, noch in Europa oder weltweit.

Die Linke ist bisher nicht fähig zu gesellschaftlicher Führung. Über die sozialen, politischen und kulturellen Differenzen hinweg hat sie nur in seltenen Momenten gemeinsame Handlungsfähigkeit entwickelt. Aus den Kämpfen gegen den Irakkrieg oder die neoliberale Ausrichtung des EU-Verfassungsvertrags oder der WTO ist noch keine Kraft erwachsen, die einen globalen Richtungswechsel der Politik von links erzwingen könnte. Wie kann diese Schwäche überwunden werden?

Noch sieht sich die Linke damit konfrontiert, dass sie gleichsam überholt wird, denn für die Herrschenden gibt es eben kein Weiter-So. Sie übernehmen manche Forderungen der Linken und bauen sie in ihre Strategien ein – Investitionsprogramme, Verstaatlichung und staatliche Kontrolle, Ausweitung von Mindestlöhnen. Das Ziel der weiter regierenden neoliberalen Eliten ist es, den Finanzmarkt-Kapitalismus mit anderen Mitteln als bisher fortzusetzen.

Die Analyse der Krise und die Kritik der herrschenden Krisenpolitik müssen demgegenüber die tiefen politischen Unterschiede verdeutlichen und die Handlungsmöglichkeiten der Linken in einer schweren Krisensituation entwickeln. Die Linke befindet sich in einer neuen Situation. Ohne ihre Selbstveränderung und die Herstellung einer zeitgemäßen Handlungsfähigkeit wird sie für lange Zeit jede Möglichkeit verspielen, eine Kraft sozialer, ökologischer, demokratischer und friedensstiftender gesellschaftlicher Transformation über den Kapitalismus hinaus zu werden.

Dieses Papier soll zum Diskussionsprozess über die Strategien einer sich erneuernden Linken in der Krise des Neoliberalismus beitragen.

»Wir zahlen jetzt den Preis für unsere vorsätzliche Amnesie. Wir haben es vorgezogen zu vergessen, was in den dreißiger Jahren passiert ist. Und weil wir uns geweigert haben, aus der Geschichte zu lernen, wiederholen wir sie jetzt.«

*Paul Krugman,
Nobelpreisträger für Wirtschaft*

Die aktuelle Wirtschaftskrise – Ursachen und Auslöser

- Unmittelbare Ursachen:
 - Umverteilung von unten nach oben
 - Privatisierung sozialer Sicherung und des öffentlichen Eigentums
 - Überkapazitäten in vielen Branchen
 - Verschärfung der Konkurrenz und der Finanzierungsansprüche
- Auslöser:
 - Finanzialisierung der Gesellschaft
 - Deregulierung der Finanzmärkte
 - Finanzkonzerne und »innovative Finanzmarktprodukte«
 - Ratingagenturen als Selbstregulation der Spekulanten

Der Neoliberalismus in der Krise

Der Gott des Neoliberalismus ist tot

Der »Gott unter den Waren«, so Karl Marx, das Finanzkapital, ruft in seiner tiefsten Krise seit 1929 den Staat als Retter in höchster Not an und treibt ihn an den Rand des Bankrotts oder direkt hinein. Die Staatsverschuldung explodiert. Das bedrängte, verunsicherte, ausgeplünderte Gemeinwesen soll die Zeche einer

mehr als dreißigjährigen Orgie der Umverteilung von unten nach oben, von öffentlich zu privat zahlen. Millionen verlieren nicht nur ihre Arbeit, sondern ihre Häuser und Renten.

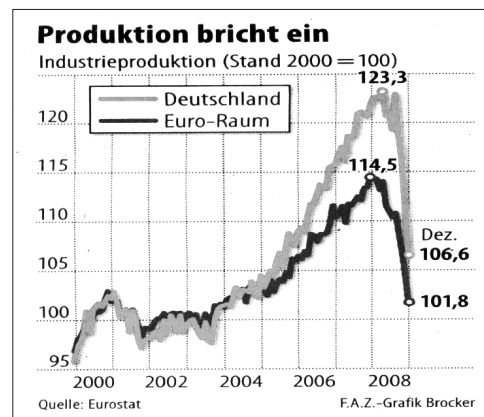
In den letzten dreißig Jahren wurden in vielen Staaten deutliche Fortschritte einer politischen Demokratisierung erreicht, Rassen- und Geschlechterschranken verloren in einem Teil

Die jüngsten Spekulations- und Finanzkrisen

1980/82	Lateinamerika
1987	New Yorker Aktienkrise
1991/92	EWS-Krise
1994/94	Mexiko
1996/98	Asienkrise
1998/2000	Argentinien/Brasilien
1998	Long Term Capital Management (LTCM)
2000	Russland
2000	New Economy, dot.com-Krise
2001	Türkei
2007/2008	»Subprime« Krise

der Länder weiter an Bedeutung. Milliarden Menschen konnten ihr Leben verbessern. Das globale Bruttosozialprodukt vervierfachte sich seit 1980. Menschenrechte als Maßstab von Politik wurden wichtiger. Globale Kommunikation erreicht heute jeden Punkt der Welt. Güter können zu geringen Kosten global ausgetauscht werden.

Aber auf Grund der neoliberalen Politik wurden genau diese Entwicklungen genutzt, um die Welt in ein globales Casino zu verwandeln, weltweites Lohn- und Sozialdumping zu betreiben, die Gesellschaften zu spalten, eine Politik der Aufrüstung und globaler Kriege zu betreiben, einen parasitären Konsumismus und Egoismus sowie hemmungslose Selbstbereicherung zu propagieren.



Der Neoliberalismus hatte die Sachzwänge entfesselter deregulierter blinder Finanzmärkte als höchste Form von Rationalität und Effizienz angesehen und immer mehr Macht und Reichtum an Finanzfonds und Banken umverteilt. Der schnelle Profit, die kurzfristige Steigerung des Aktienwerts der Unternehmen, die gewagteste Spekulation mit Schulden selbst der Ärmern, mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und den Währungen wurde zum Maß aller Dinge. Die jeder Einsicht und Kontrolle entzogenen, außerbörslich gehandelten Finanzderivate hatten im Dezember 2007 einen Umfang von fast 600 Billionen Dollar, mehr als das Zehnfache des globalen Bruttosozialprodukts. Mit dem Bankrott der US-Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 brach das Kartenhaus zusammen und der König war nackt. Einzelne Superreiche mögen Milliarden verlieren, die Macht der Kapitaleliten bleibt bisher.

Es wurde eine Abwärtsspirale von Unsicherheit, Angst, Misstrauen eingeleitet. Kredite werden verweigert, Investitionen gestrichen, die Nachfrage bricht ein, viele Millionen Arbeitsplätze und mühsam errungene soziale Sicherheit gehen verloren, Kredite werden nicht mehr bedient. Es wachsen die sozialen und territorialen Spaltungen. Und anders als sonst nach 1945 ziehen sich alle großen und kleinen Volkswirtschaften gleichzeitig nach unten.

Die Finanzkrise verbindet sich mit einer zyklischen Wirtschaftskrise und der Erschöpfung bisheriger Wachstumsfelder einer autozentrierten Gesellschaft und der informationstechnologischen Revolution. Und zugleich explodieren die Kosten der globalen Erwärmung und entziehen Hunderten Millionen Menschen die Lebensgrundlage. Angepeitscht durch die Monopolisierung von Saatgut, den Verbrauch von Nutzflächen für die Produktion von Futtermitteln und Biokraftstoffen, ist es zu einer Nahrungsmittelkrise gekommen. Die Verschwendungswirtschaft führt langfristig zu einer immer weiteren Verknappung der Rohstoffe und letztendlich zu ihrer Erschöpfung. Das bestärkt die Tendenzen ihrer Verteuerung. Slums breiten sich aus, in denen mittlerweile bereits jeder sechste Mensch lebt. Der Planet und seine Weltmeere werden zur Müllkippe.

Die UN-Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation (FAO) verzeichnete im September 2008 eine Erhöhung der Zahl der weltweit Hungernden von 854 auf 923 Millionen Menschen. Finanzspekulationen haben ihren Anteil daran. Experten führen auf sie 20 bis 40 Prozent der Preisexplosion bei Nahrungsgütern wie Mais, Reis und Weizen seit dem Frühjahr 2008 zurück. Die Kosten durch die Finanzkrisen der letzten 25 Jahre für die Entwicklungsländer werden auf ein Drittel ihres Bruttoinlandsprodukts geschätzt; ihre Steuerverluste durch Kapitaltransfers in Offshore-Zentren und Steuerparadiese auf jährlich 500 Milliarden Dollar.

Erstmals in der Geschichte verbindet sich eine globale Finanz- und Wirtschaftskrise mit einer globalen ökologischen Krise und der Krise der elementarsten Lebensgrundlagen der Menschheit. Die miteinander verwobenen Wirtschaftskrisen drohen, in potenzierte Repressions- und Konkurrenzkräfte zu münden und zum Hebel eines perfektionierten Systems neokolonialer Ausbeutung zu werden.

Der Finanzmarkt-Kapitalismus – Resultat der neoliberalen Lösung der Krise des Nachkriegskapitalismus

Die Erfahrungen der Krise von 1929, die existentielle Bedrohung durch zwei Weltkriege und den Faschismus, die Kämpfe der Arbeiter, Angestellten und vieler sozialer Bewegungen sowie die Herausforderung durch den Staatssozialismus und seine Ausbreitung nach 1945 hatten dazu geführt, dass die Herrschenden dem Kapitalismus Fesseln anlegen mussten. Zugleich erkannten sie in der Konsumtion der arbeitenden Klassen eine Quelle neuen Reichtums und akzeptierten den Sozial- und Wohlfahrtsstaat als Garant der sozialen Integration und der kapitalistischen Akkumulation. Der Stammvater des Neoliberalismus, Friedrich August von Hayek, kritisierte diese Maßnahmen

schon 1944 als »Weg in die Knechtschaft« des Sozialismus.

Dieser Klassenkompromiss des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg war unter der Vormacht der USA und mit dem Zweck des Erhalts der Herrschaft der kapitalistischen Klasse abgeschlossen worden. Die von John Maynard Keynes vorgeschlagene Weltwährung, die Währungsspekulationen und neuen globalen Ungleichgewichten im Welthandel vorbeugen sollte, wurde zugunsten der Macht des Dollars ausgeschlagen. Wirtschaftsdemokratie und Sozialstaat blieben an die Dominanz der Kapitalgeber und an die Lohnarbeit gebunden.

Der *American Way of Life* des Konsumismus und Produktivismus unter dem Primat der Kapitalakkumulation, der Aufstieg von Westeuropa und Japan, eine immer stärkere Überakkumulation von Kapital und damit die Verschiebung der Klassenkräfte schufen in den 1970er Jahren eine Weichenstellung: Entfesselung des Kapitalismus oder Schritte hin zu seiner Überwindung. Am Ende setzte sich der Neoliberalismus durch – mit dem Putsch gegen den chilenischen Präsidenten Allende, der Verschuldungspolitik gegenüber den Ländern des Südens, der Verhinderung der Arbeitnehmerfonds in Schweden, der Schleifung der Bastionen von Bretton Woods, der Einschränkung der Wirtschaftsdemokratie auf bloße Mitbestimmung in Deutschland, der Integration der 68er Revolte, der Blockierung weitgehender Projekte der Demokratisierung der Betriebe in Frankreich oder Italien bzw. radikaler Arbeitszeitverkürzung oder des sozialökologischen Umbaus sowie der Abrüstung, mit einer radikalen Marktreform nach dem Ende des sowjetischen Staatssozialismus. Die Gebäude des Neoliberalismus stehen auf einem Friedhof sozialer, demokratischer, ökologischer, friedensfördernder Alternativen.

Nach dem Ende des Staatssozialismus setzte sich in den kapitalistischen Kernländern und zahlreichen Entwicklungsländern ein marktradikaler Neoliberalismus durch. Mit der Liberalisierung der Finanzmärkte seit Anfang der 80er Jahre und zahlreichen »Finanzinnovationen« (Derivate, Hypothekenpolitik etc.) begann die Transformation zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus.

Die neoliberalen Antworten auf die Überakkumulationskrise

Die Krise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus ist in seinem Zentrum ausgebrochen und hat eine zentrale systemische Ursache: Sie wurde ausgelöst durch eine bisher nicht gekannte Verselbständigung der Finanzsphäre gegenüber den anderen wirtschaftlichen Bereichen und die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Bereiche in spekulative Finanzgeschäfte

jenseits jeglicher Möglichkeit gesellschaftlicher bzw. staatlicher Gestaltung.

Indem der Neoliberalismus den zukunftsfähigen Weg einer realen Sozialisierung der Wirtschaft, einer Stärkung des öffentlichen Sektors, radikaler Umverteilung von Nord nach Süd und von oben nach unten und des Umbaus der Lebensweise durch eine umfassende Verkürzung der Arbeitszeit blockierte, schlug er auch den Weg der Beseitigung der zentralen Ursachen der Überakkumulation des Kapitals aus.

Die Begrenzung von Löhnen und Gehältern sowie der Staatsausgaben und die Blockade aller Versuche, die Kapitalgewinne zu sozialisieren, schufen eine Situation, in der das Wachstum in den überkommenen Strukturen und nach überkommener Bemessung zurückging, Profite im Bereich der Produktion und der humanorientierten Dienstleistungen sanken und Kapital angehäuft wurde, das nach neuen Anlagequellen mit höheren Renditen suchte. Der Weg aus der Krise wurde zum Weg in eine neue, weitaus fundamentalere Krise.

Um neue Anlagefelder für das überschüssige Kapital zu finden, privatisierte der Neoliberalismus die sozialen Sicherungssysteme (Renten, Gesundheitsvorsorge usw.) und ließ so die private Kapitalakkumulation explodieren. Die liquiden Vermögen wurden in immer neue Finanztransaktionen jenseits produktiver Zwecke geworfen, jagten von einer Spekulationsblase in die nächste – bis nun der globale Finanzmarkt an den Rand des Zusammenbruchs geriet und der rettenden sichtbaren Hände des so lange als überflüssig und störend gescholtenen Staates bedurfte.

Das Zentrum des globalen Finanzmarkt-Kapitalismus waren die USA – wirtschaftlich, politisch, kulturell und militärisch. Es finanzierte seine Vormacht durch gigantische Verschuldung bei China, Japan und den Erdöl exportierenden Staaten des Nahen Ostens, band die Welt mit genau jenem Geld, das diese ihnen geliehen hatte.

Hatten die Reformen im Kapitalismus vorher einen starken öffentlichen Sektor geschaffen, so folgte jetzt ein gewaltiger Schub der Enteignung. Er erfolgt insbesondere in Gestalt der Privatisierung bisher öffentlicher Güter und Daseinsvorsorge, öffentlicher Unternehmen, öffentlicher Räume und Kommunikation. Selbst Außenpolitik und Kriege wurden zu Feldern der Privatisierung.

Der Neoliberalismus verwandelte soziale Sicherungssysteme (Renten, Gesundheitsvorsorge usw.) und Naturgüter und die geistige Produktion in einen Verwertungsprozess, um riesige neue Felder von Rendite und Spekulation zu erschließen. Privatisierung und Inwertsetzung ließen seit den 80er Jahren die private Kapitalakkumulation explodieren. Drei Jahrzehnte

»Das ganze künstliche System gewaltsamer Ausdehnung des Reproduktionsprozesses kann natürlich nicht dadurch kuriert werden, dass nun etwa eine Bank, z. B. die Bank von England, in ihrem Papier allen Schwindlern das fehlende Kapital gibt und die sämtlichen entwerteten Waren zu ihren alten Nominalwerten kauft. Übrigens erscheint hier alles verdreht, da in dieser papiernen Welt nirgendwo der reale Preis und seine realen Momente erscheinen, sondern nur Barren, Hartgeld, Noten, Wechsel, Wertpapiere.«

Karl Marx

»Die Bonanza der Goldenen Jahre des freien Marktes hat die globale Expansion des Kapitalismus in jeder seiner Aspekte erlaubt; sie garantierte enorme Gewinne für Einige und die Stärkung des Großkapitals; sie beseitigte nahezu alle Barrieren der privaten Aneignung; sie schuf ›flexiblere‹, prekärere und billigere Arbeitsmärkte; und sie versetzte die Natur in eine Situation der Schutzlosigkeit. Aber nach ihrem innovativen Moment, die nicht nur Produktion und Kommunikation, sondern auch den sozialen Kämpfen neue Rhythmen aufdrückte, begannen die Grenzen ihres eigenen Potentials deutlich zu werden.«

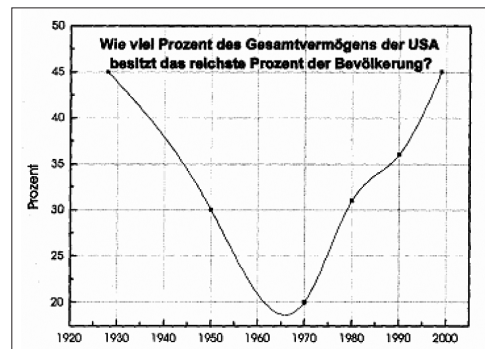
Ana Esther Ceceña

»Handels- und Kapitalmarktliberalisierung waren zwei Schlüsselkomponenten eines allgemeinen wirtschaftspolitischen Rahmenkonzepts, das die Strategien bündeln sollte, die Entwicklung am ehesten fördern. Dieser so genannte Washington Consensus (von IWF, Weltbank und US-Finanzministerium forderte vor allem Staatsabbau, Deregulierung und eine zügige Liberalisierung und Privatisierung.«

Joseph Stiglitz,
Nobelpreisträger für Wirtschaft

rapide wachsender Ungleichheit der Einkommen und Vermögen folgten – hier war der Neoliberalismus so erfolgreich wie sonst nirgends. Er band Millionen abhängig Erwerbstätige und Angehörige der Mittelklassen als Investoren und Kleinunternehmer, Eigentümer, Schuldner, Privatrentner und Sparer an die Finanzmärkte, die so zu einem Hauptfaktor für die Sicherung prekärer Lebensstandards wurden. Die liquiden Vermögen wurden in immer neue Finanztransaktionen jenseits produktiver Zwecke geworfen – bis die Spekulationsblasen zuerst auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt und dann auf dem gesamten globalen Finanzmarkt platzten.

Das überflüssige Kapital wurde Entwicklungsländern und ehemaligen Ländern des Staatssozialismus zu niedrigen Zinsen angeboten, um dann in Zeiten der Hochzinspolitik mit Zins und Zinseszins zurückgefordert zu werden, so dass ein globaler Kapitaltransfer von Süd nach Nord entstand. Im Rahmen neokolonialer Ausbeutung werden viele Staaten des Südens ausgeplündert. Hunger, fehlendes Trinkwasser, Seuchen, Mütter- und Kindersterblichkeit, Obdachlosigkeit, Analphabetismus und der vorzeitige Tod von Millionen Menschen sind die anhaltenden Folgen.



Die hemmungslose Gier nach immer höheren Renditen und Einkommen war systembedingt. So wurden an der Wallstreet 2007 33 Mrd. Dollar sog. Boni ausgeschüttet. Weltweit gab es 2008 1125 Milliardäre. Die 25 reichsten Amerikaner haben ein Einkommen, das dem von zwei Mrd. Menschen entspricht, und das oberste eine Prozent der Weltbevölkerung konzentriert bei sich ein Einkommen, das dem von 57 Prozent der Menschheit gleichkommt. Diese Finanzoligarchie im Bündnis mit jenen, die hoffen, sich durch Qualifikation und marktgerechte Leistung behaupten zu können, haben den Finanzmarkt-Kapitalismus möglich gemacht.

Angesichts der realen Kräfteverhältnisse sind verschiedene Wege der Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise denkbar und aus historischer Sicht als möglich anzusehen. Jeder dieser Wege ist grundsätzlich politischer Natur und entsteht nicht spontan aus der Öko-

nomie heraus. Sie alle setzen aktive Staatlichkeit voraus. Eine Katastrophe träte ein, wenn sich Wirtschaftskrise und Zusammenbruch von Staatlichkeit verbinden würden.

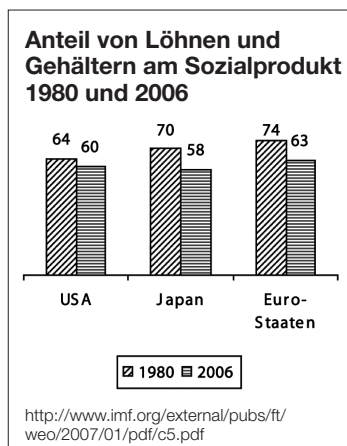
Dabei sollte man von folgenden Funktionen des Staates in der Krise ausgehen: Erstens geht es um die Sicherung der politischen Stabilität (das ist seine originäre übergreifende politische Funktion), zweitens um einen organisierten Prozess der Entwertung überschüssigen Kapitals (mit möglichst geringen Verlusten für die Kapitalbesitzer), und drittens um die Stärkung der Wirtschaftszweige und Unternehmen, die absehbar in der nächsten Runde bestehen werden.

Die Überakkumulationskrise kann durch verschiedene Strategien der mehr oder minder produktiven und mehr oder minder konsensuellen bzw. konfrontativen Lösung der Krise bearbeitet werden. Es kann versucht werden, das überschüssige Kapital in neue Anlagefelder zu leiten. Eine gegenwärtig keinesfalls auszuschließende Möglichkeit ist auch eine Inflationpolitik, verbunden mit extremen sozialen und internationalen Spannungen. Beides, die Erschließung neuer Akkumulationsfelder und die inflationäre Entwertung von Kapital, können auch Hand in Hand gehen. Wird die gegenwärtige Tendenz der Überakkumulation von Kapital nicht gestoppt, dann häuft sich das explosive Material einer noch viel größeren Finanz-, Wirtschafts- und Gesellschaftskrise an. In der Vergangenheit hat es immer wieder derartige Zyklen der Problemverschärfung gegeben, die katastrophische Züge annehmen kann.

Die Gesellschaftskrise des Finanzmarkt-Kapitalismus und die Notwendigkeit von Systemalternativen

Die gegenwärtige Krise ist mehr als eine Finanzkrise und auch mehr als eine normale *konjunkturzyklische Krise*. Ob die augenblickliche Krise zur systemischen Krise wird, ist offen. Als *Strukturkrise* des Kapitalismus ist sie aber in mehrfacher Hinsicht eine *Gesellschaftskrise* des Kapitalismus.

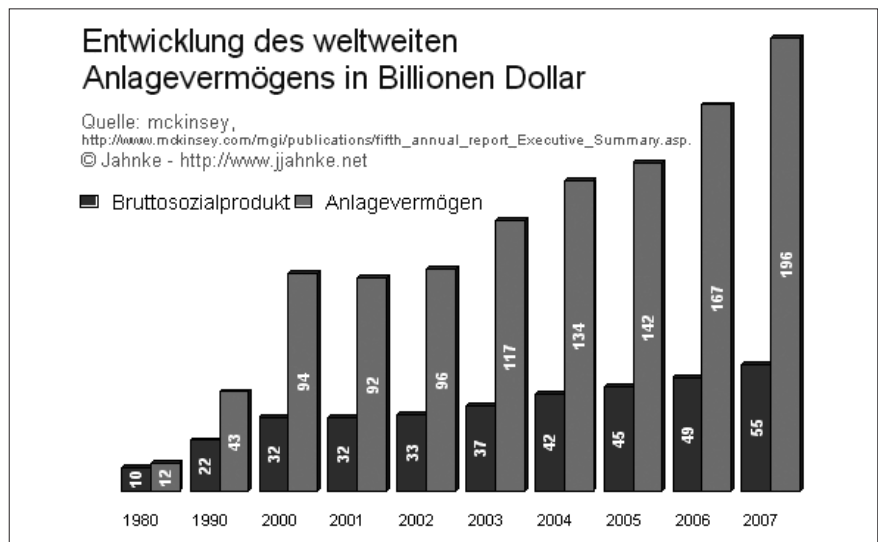
Erstens: Mit der Krise der marktradikalen Regulationsweise, deren exponierter Ausdruck die Finanzkrise ist, ist die Ideologie des Neoliberalismus erschüttert. Der neue Staatsinterventionismus entlarvt das Dogma vom Wohlstand und Gleichgewicht stiftenden Marktmechanismus als gescheiterten Mythos. Die Politik der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung ist gründlich ins Straucheln geraten. Noch aber bestimmen grundsätzliche Alternativen einer solidarischen Gesellschaft nicht die öffentliche Meinung. Wieder zeigt sich ein Paradox: In der Krise gewinnen viele Menschen Sicherheit und Lebensperspektive dadurch, dass sie sich jetzt erst recht und radikal an dem festklammern, was lange Zeit unbestritten gültig schien.



Die Krise des Neoliberalismus ist auch eine Krise des Kapitalismus, den er global entfesselt hat. Die Unterordnung der Gesellschaften, des menschlichen Lebens und des Verhältnisses zur Natur unter die Maxime der Profitmaximierung hat sich als ein krisenbeförderndes Prinzip erwiesen. Wachstum als Lebenselixier des Kapitalismus, das nach neoliberaler Auffassung als bester Zugang zur Lösung von Problemen gilt, ist selbst zum Problem geworden und stößt an systemische und natürliche Grenzen. Der Wohlfahrtsgewinn durch Wachstum wird vielfach von Wohlfahrts- und Sicherheitsverlusten überlagert – in Umwelt-, Klima- und Energiekrisen, in Ernährungskrisen, Kriegsfolgen und Staatenzerfall in vielen Ländern. Mit China und Indien sowie anderen großen Ländern Asien und Lateinamerikas hat sich die Mehrheit der Weltbevölkerung auf den Weg der nachholenden kapitalistischen Modernisierung gemacht. Aber dieser Weg des Wachstums kann nicht verallgemeinert werden, zumal er eine neue Globalisierung sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit mit sich bringt, die gerade in den USA und in den Kernstaaten des europäischen Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten förmlich explodiert ist. Während sich auf der einen Seite in praktisch allen diesen Ländern schon generationsüberdauernde Armutsklassen herausgebildet haben, etablierten sich auf der anderen Seite Reichtums- und Geldeliten, die an den Kapitaladel des ausgehenden vorletzten Jahrhunderts erinnern. Dies sind keine bestandsfähigen und schon gar nicht erstrebenswerte Gesellschaftsstrukturen.

Eine solidarische Mischwirtschaft kooperativ organisierter Eigentumsformen, eine Demokratie der Partizipation, soziale Sicherheit als Bedingung von Freiheit und Frieden durch gemeinsame Entwicklung sind überlebensnotwendige Alternativen.

Zweitens: Der Neoliberalismus hat Strukturen hervorgebracht, die nicht lebensfähig sind. Wichtigste Güter eines menschenwürdigen Lebens werden nur völlig unzureichend hergestellt, während immer neue und teure Luxusgüter angeboten wurden. Dem bitteren Mangel großer Teile der Weltbevölkerung steht der irrational übersteigerte Verbrauch in der Konsumgesellschaft des Nordens und ihrer südlichen Exklaven gegenüber. Sechshundert Millionen Autos verstopfen die Städte, Klimaanlagen werden gebraucht, um falsch gebaute Häuser und Büroräume zu kühlen, während der CO₂-Ausstoß jährlich um drei Prozent steigt. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist unterentwickelt, und gleichzeitig ist eine neue Welle der Hochrüstung für den globalen Krieg im Gange. Diese Strukturen von Produktion und Konsumtion werden nicht überdauern. Aber bisher sind neue Formen kaum entwickelt.



Ansätze einer anderen Entwicklungsweise, die auf dieses Wachstum von Stoff- und Energieverbrauch verzichten kann, sind zwar in vielen Ländern stärker geworden, aber noch alles andere als dominant – obwohl die zur Verfügung stehenden Zeiträume immer knapper werden. 10 bis 15 Jahre bleiben noch, um eine globale Klimakatastrophe abzuwenden. Ohne eine grundsätzliche Wende werden bald bis zu 20 Prozent des globalen Sozialprodukts durch Umweltschäden verloren gehen. Erdweiter Temperaturanstieg, gehäufte Naturkatastrophen, Hunger und Wassermangel durch Waldvernichtung, Überschwemmungen, Dürren, beschleunigte Wüstenbildung, Überfischung der Meere und Artenvernichtung bedrohen Hunderte Millionen Menschen.

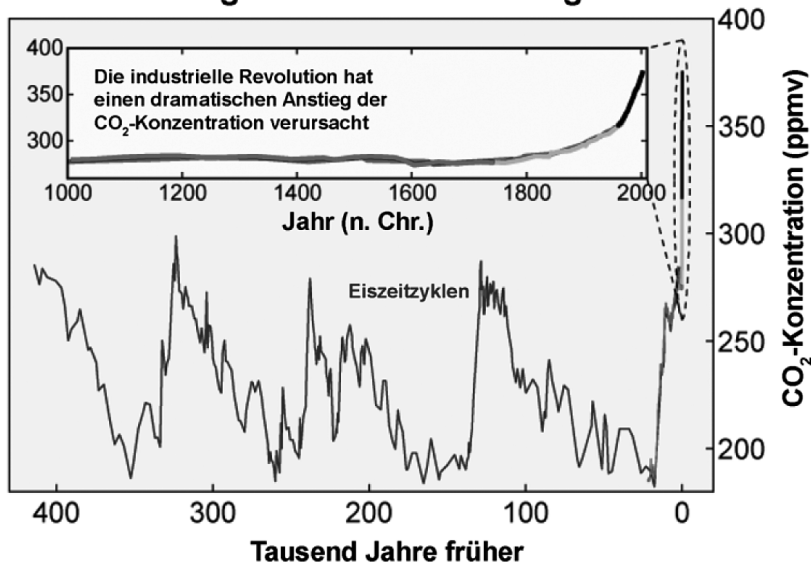
Sozialökologischer Umbau der Gesellschaft oder Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen lautet eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Drittens: Demokratische Regierungsformen haben sich in den letzten zwanzig Jahren in sehr vielen Ländern durchgesetzt. Gleichzeitig wird die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Basis von Demokratie untergraben. Niemals zuvor wurde in der Welt so viel gewählt – und wohl kaum jemals konnten die Bürgerinnen und Bürger so wenig dabei erreichen und wurde immer wieder gegen sie entschieden. Die Institutionen des globalen Neoliberalismus und die Macht seiner Oligarchie standen der Durchsetzung ihrer Interessen entgegen. Jetzt ist das Vertrauen in die ökonomischen und politischen Machteliten erschüttert und teilweise sogar zusammengebrochen. Es gibt eine tiefe Krise der Legitimation der politischen Macht und ihrer Institutionen. Die Demokratie wird durch Entscheidungen in den Zentralen transnationaler Unternehmen und internationaler Institutionen vorbei an nationalen Parlamenten und erst recht an der Zivilgesellschaft ausgehöhlt. Längst reagieren die Herrschenden in vielen Ländern auf

»Ich glaube nicht, dass jemand, der nur Ökonom ist und soziale wie politische Gedanken ausklammert, irgendeine Bedeutung für die reale Welt hat.«

John Kenneth Galbraith, Wirtschaftswissenschaftler

Veränderungen des Kohlendioxidgehalts



die Krise ihrer Legitimation mit Schritten in den präventiven Überwachungsstaat.

Seit Jahren schwinden die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Interessenvertretungen, wirksam Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen zu nehmen. Politische Entscheidungen bleiben dem parlamentarischen Einfluss weitgehend entzogen bzw. werden zunehmend zentralisiert. Die Bewältigung der Konsequenzen wird hingegen nach unten delegiert. So werden die Kassen in vielen Kommunen und Regionen immer leerer, aber vor allem sie sollen die Folgen von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung tragen. Das wird flankiert durch wachsende soziale Repressionen, durch immer mehr Kontrolle und Überwachung. Neoliberale Wirtschaftspolitik, die zwingend mit Privatisierung und Deregulierung einhergeht, bringt noch vor den Wahlen wichtige Wahlergebnisse um ihre politische Bedeutung.

Radikale Demokratisierung ist der politisch entscheidende Schlüssel zu emanzipatorischem und sozialökologischem Wandel.

Viertens: Der neoliberale Kapitalismus hat seine Legitimation auch auf dem Gebiet der inneren und äußeren Sicherheit verspielt. Der

Gesellschaftskrise des Finanzmarkt-Kapitalismus

- ideologische Krise
- Strukturkrise
- Wachstumskrise
- Krise der sozialen Integration
- Demokratie- und Legitimitätskrise
- Krise der inneren und äußeren Sicherheit

Irak-Krieg kostete das irakische Volk nach Angaben des »New England Journal of Medicine« vom 31. Januar 2008 bisher 654.965 »zusätzliche Todesfälle«.

Im Irak-Krieg scheitert der imperiale Anspruch, wenn anders nicht möglich, mit militärischer Gewalt die Ordnung in jeder Region der Erde nach westlichem Vorbild zu bestimmen und die als Teil der Umweltkrise knapper werdenden Naturressourcen unter Kontrolle der USA und ihrer Verbündeten zu halten. Als der IWF im Oktober 2008 die Verluste durch die internationale Finanzkrise auf voraussichtlich 1,4 Billionen Dollar schätzte, zeigten sich Banker, Regierungen, Medien und die Öffentlichkeit fast panisch schockiert – mit guten Gründen. Doch nach Berechnungen des Nobelpreisträgers und früheren Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, werden die Gesamtkosten des Krieges im Irak keineswegs geringer sein. Sie werden allein für die USA drei bis fünf Billionen Dollar erreichen! Das ist mehr als die Entwicklungshilfe des Westens in Höhe von 2,3 Billionen Dollar an sämtliche Entwicklungsländer in den gesamten vergangenen 60 Jahren.

Die Ausgaben für Rüstung und Krieg fehlen der Finanzierung von Entwicklung im Süden und der öffentlichen Daseinsvorsorge auch in den reichen Ländern. Mehr noch, sie zerstören Ansätze erfolgreicher Entwicklung auf lange Zeit. Die Weltbank beziffert den Einkommensverlust eines »typischen« Bürgerkrieges auf 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das hebt die Rate der in absoluter Armut lebenden Bevölkerung nach den vorliegenden Erfahrungen um etwa 30 Prozent an. »Untypische« Bürgerkriege, die erheblich zum Staatenzerfall – in gegenwärtig etwa einem Fünftel aller Länder der Erde – beitragen und zivile Wirtschaftskreisläufe für lange Zeit in Kriegsökonomien untergehen lassen, haben noch verheerendere Wirkungen.

Globale Kooperation in Frieden oder eine Welt fortdauernder Kriege am Rande von atomaren Katastrophen – das ist eine fundamentale Herausforderung unseres Jahrhunderts. Der Frieden gehört zu den gesellschaftlich herzustellen oder infrage gestellten öffentlichen Gütern höchsten Ranges.

Die umkämpfte Tagesordnung der Herrschenden

Eine offene geschichtliche Situation

Den aufbrechenden Krisenerscheinungen und ihrer Verschränkung hat der bestehende Block an der Macht keine produktiven Lösungen mehr entgegen zu setzen, die die Interessen der un-

tergeordneten Gruppen und Klassen berücksichtigen und damit den aktiven Konsens zum neoliberalen Projekt wieder herstellen könnten. Er ist zur Veränderung gegenüber bisherigen neoliberalen Strategien gezwungen.

Bei der jetzigen Krise handelt es sich um die weitreichendste Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren. Sie ist eng verbunden mit Ernährungs- und Energiekrisen, der Vernichtung von Arbeitsplätzen und damit weiterer Verschärfung einer Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen. Sie stößt große Teile der Gesellschaft in wachsende Unsicherheiten und führt zunehmend zu Revolten unter den am stärksten Betroffenen in den äußeren und inneren Peripherien. Protest und Widerstand formiert sich auf allen Ebenen, noch fragmentiert und vielfach ohne klare Richtung, aber wachsend.

Das größte Problem für die herrschenden Machteliten besteht darin, dass die Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter seit einigen Jahren nicht mehr gewährleistet ist: Steigende Renditen sind nur noch durch fortwährende Umverteilung des Mehrwerts zu Lasten der Lohnabhängigen, des Staates und der national oder regional beschränkten Kapitale realisierbar. Immer größere Bereiche der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, der öffentlichen Infrastrukturen, der sozialen Dienste sind unterfinanziert. Während die Überakkumulation nicht nachhaltig abgebaut werden kann, sich nicht ausreichend neue Investitionsfelder eröffnen, spitzt sich eine Reproduktionskrise des Gesellschaftlichen zu, die auch die Grundlagen kapitalistischer Akkumulation selbst gefährdet (mangelnde Infrastrukturen, mangelnde Qualifikationen, soziale Integration, Profitaussichten etc.).

Die Reserven des nach wie vor dominierenden Neoliberalismus als organisierender Ideologie im Übergang zur informationstechnologischen transnationalen Produktionsweise sind erschöpft – weder ein neuer nachhaltiger Akkumulationsschub, noch ein neuer gesellschaftlicher Konsens sind von ihm zu erwarten. Veränderungen gegenüber bisherigen Strategien der Herrschaftssicherung sind unvermeidlich. Die Institutionen des Neoliberalismus werden noch lange fort wirken (ähnlich wie nach dem Ende des fordistischen Zeitalters). Die Position der neoliberalen Kräfte ist weitgehend nur noch eine »herrschende«, keine »führende«.

Ähnlich wie in der Krise des Fordismus ab 1968 verdichten sich unterschiedliche Krisenmomente, denen mit einer Intensivierung der alten Regulationsmechanismen begegnet wird, während bereits Neues am Entstehen ist: Der Keynesianismus kam erst im Moment der Krise zu seiner vollen Entfaltung, während von neoliberaler Seite bereits das Ende des »embedded liberalism« und seiner Institutionen (Regime der festen Wechselkurse, Kapitalverkehrskontrollen etc.) vorbereitet und der alte Klassenkompromiss aufgekündigt wurden.

In ähnlicher Weise werden nun die Folgen von über dreißig Jahren Liberalisierung und

Umverteilung von »unten« nach »oben« mit einer beispiellosen Intensivierung dieser Umverteilung durch die Rettung der Banken und die Sozialisierung von Schulden und Risiken bekämpft. Zugleich zeichnet sich noch im neoliberalen Krisenmanagement ein neuer Staatsinterventionismus ab, der bereits das Konfliktfeld um »post-neoliberale« Regulationsformen eröffnet, denn das Krisenmanagement innerhalb des Neoliberalismus kommt an seine Grenzen. Auch wenn der Block an der Macht Regierungspositionen hält, verliert er die kulturelle Hegemonie jenseits eines passiven Konsenses und Konsumismus und einer wahlpolitischen Mobilisierung marktradikaler und absehbar eben nicht mehrheitsfähiger Minderheiten aus den Mittelklassen. Allerdings sind es vielfach im Neoliberalismus aufgewachsene Akteure, die nun nach Alternativen suchen. Ihre Denk- und Verhaltensweisen sind auch Ergebnisse des Neoliberalismus.

Die Tiefe der gegenwärtigen Krisensituation und die Gesamtheit ihrer skizzierten Qualitäten erlauben die Einschätzung, dass der heutige Krisenkapitalismus möglicherweise an einem Wendepunkt seiner historischen Entwicklung steht. Die Krise könnte sich – vergleichbar mit vorangegangenen Regulations- und Reproduktionskrisen – als Übergangskrise zu einer neuen Periode des Kapitalismus erweisen oder auch Alternativen den Boden bereiten, die über ihn hinausweisen.

Noch scheint offen zu sein, welche Elemente ganz verschiedener Entwicklungsvarianten, die alle im gegenwärtigen Kapitalismus im Kampf miteinander existieren, sich durchsetzen werden:

- eine – für die absehbare Zeit besonders wahrscheinliche – modifizierte Erneuerung des neoliberalen Kapitalismus;
- Tendenzen zu einem hochgradig autoritären und entzivilisierten Kapitalismus;
- ein postneoliberaler staatsinterventionistischer Kapitalismus mit wohlfahrtsstaatlichen und stark ökologischen Orientierungen oder
- emanzipatorische sozialökologische Alternativen, geöffnet für demokratisch-sozialistische Entwicklungen.

Krisen sind historische Momente höchster Unsicherheit. Weder ihr konkreter Ausbruch, noch ihr Verlauf oder ihre Ergebnisse sind vorhersehbar. Aus partikularen Krisen einzelner Sektoren können allgemeine Krisen der Grundstrukturen werden. Krisen sind nicht dann beendet, wenn die Probleme gelöst sind, sondern dann, wenn Verhältnisse entstanden sind, in denen die einen kein Interesse an weiteren grundlegenden Veränderungen mehr haben und die anderen keine Kraft mehr, sie durchzusetzen. Auf Krisen kann reaktionär, konservativ, progressiv oder transformatorisch geantwortet werden.

Maßnahmen des klassischen New Deal in den USA nach der Wahl von Theodor Roosevelt zum Präsidenten 1932

Es wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

- staatliche Überwachung der Börsen,
- Mindestpreise für Agrarprodukte.
- Die Gewerkschaftsforderung nach einer 40-Stundenwoche wurde umgesetzt.
- Ein freiwilliger Arbeitsdienst (Civilian Conservation Corps – CCC) wurde organisiert, der für die Aufforstung und Bodenverbesserung eingesetzt wurde.
- Zur Wirtschaftsbelebung wurden 122.000 öffentliche Gebäude, eine Mio. km Straßen und 77.000 Brücken gebaut.
- Die Tennessee Valley Authority (TVA) baute 20 Staudämme im Tennesseeetal.
- Die landwirtschaftliche Produktion wurde reduziert, um den Farmern rentable Preise zu schaffen. Die Bundesregierung gewährte den Farmern dafür Geldmittel aus dem Agricultural Adjustment Act (AAA) vom 12. Mai 1933.
- Den Gewerkschaften wurde eine feste rechtliche Grundlage gegeben, ein formelles Streikrecht eingeführt.
- Eine staatliche Rente wurde eingeführt,
- eine Arbeitslosenversicherung ins Leben gerufen.
- Für Industriearbeiter wurden Mindestlöhne eingeführt und
- ein Steuersystem mit niedrigen Sätzen für Arme und hohen Sätzen für Reiche etabliert.
- Der private Goldbesitz wurde verboten (von 1933 bis 1974).

http://de.wikipedia.org/wiki/New_Deal

»Du wirst niemals wollen, dass eine ernsthafte Krise sinnlos vergeudet wird... Sie ist eine Chance, Dinge zu tun, von denen Du glaubst, Du hättest sie ohne diese Krise nicht tun können.«

Rahm Emanuel,
Stabschef im Weißen Haus unter
Präsident Barack Obama

Reaktionär war die Politik von George Bush jr., der durch Krieg, Repression und Förderung ungehemmter Spekulation die Strukturen des Neoliberalismus, des US-Imperiums und einer ölzentrierten Produktions- und Lebensweise zu erhalten suchte. Konservative Antworten, wie sie gerade auch in Deutschland gegenwärtig vorherrschen, wechseln vor allem die Strategien, setzen plötzlich auf »umfassende Kontrolle« und sind auch zu massiven Staatseingriffen und Konjunkturprogrammen bereit, wollen aber genau dadurch die gegebenen Machtverhältnisse und Grundstrukturen erhalten. Es ist dies die Fortsetzung des Neoliberalismus mit anderen Mitteln.

Progressiv wäre nach Gramsci »eine Klassenformation dank ihrer geschichtlichen ›Produktivität‹, d.h. der von ihr getragenen Expansivität eines konkreten politisch-ökonomischen Regimes, dank dessen sie ›die ganze Gesellschaft vorantreibt, indem sie nicht nur den existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriell-produktiver Tätigkeitsbereiche erweitert‹ und so die glaubhafte Erwartung individueller ›Lebensperspektiven‹ speist«. Die Programme einer »Grünen Marktwirtschaft« zum Beispiel zielen auf eine solche progressive Erneuerung des Kapitalismus auf seiner eigenen Grundlage. Transformatorische Politik dagegen würde auf die Überwindung der Grundstrukturen einer profitdominierten Gesellschaft, ihrer Macht- und Eigentumsverhältnisse, ihrer Produktions- und Lebensweise zielen.

Eine Neuorientierung der gesellschaftlichen Kräfte

Die Versprechen des Neoliberalismus sind gebrochen und sein Herrschaftsprojekt ist in einer tiefen Krise. Die herrschenden Eliten können nicht mehr in alter Weise, die in der Mitte wollen nicht mehr oder werden reaktionär, und die Ausgegrenzten und Perspektivlosen sind verzweifelt. Die Bedrohung durch Unsicherheit und sozialen Absturz für die Lohnabhängigen, für viele Selbständige und auch kleine und mittlere Unternehmer nimmt zu.

Insbesondere in den Peripherien, hier vor allem in Südamerika, haben sich ganze Bevölkerungsmehrheiten und Regierungen vom Neoliberalismus losgesagt und suchen nach neuen Wegen einer autonomen Entwicklung. Der sog. Washington Konsensus und seine Institutionen, aber auch Ansätze der Good Governance werden von immer mehr Staaten des globalen Südens offen abgelehnt – wer es sich leisten kann, zahlt vorzeitig seine Schulden und verabschiedet sich von der Einflussnahme des IWF. Damit verbunden sind global politische und ökonomische Verschiebungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, mit den

sog. BRIC- und Golf-Staaten entwickeln sich neue kapitalistische Zentren. In den alten Zentren wiederum wenden sich wachsende Teile der Bevölkerung von Parteien und Regierungen ab, z. T. sogar von der formalen Demokratie als solcher, was zu einer anhaltenden Krise der Repräsentation führt, die seit längerem ungelöst bleibt. Der Einfluss von politischen Extremismen und Fundamentalismen wächst.

International sind die Grenzen der zwangs- und gewaltförmigen Sicherung neoliberaler Globalisierung und die Überlastung der USA als globalen Gewaltmonopolisten, der diese Aufgabe im Interesse des transnationalen Blocks und des eigenen wahrnimmt, längst sichtbar geworden: die Niederlage im Irak ist nur das deutlichste Beispiel. Auch im Inneren der Staaten erweisen sich Verstärkung von Sicherheitsdispositiven, Verpolizeichung und *prisonfare* (Wacquant) als unzureichend, um gesellschaftliche Ordnung zu gewährleisten, geschweige denn Zustimmung der Subalternen zu organisieren.

Denn die gegenwärtige, bislang tiefste Krise des Neoliberalismus ist weltweit durch heftigste gesellschaftliche Kämpfe darum geprägt, ob dieser Neoliberalismus restabilisiert oder in etwas anderes transformiert werden kann. Doch es wäre vermessen, auf die Selbstabdankung des Neoliberalismus zu bauen und zu denken, die Krise würde der Linken in die Hände spielen. Von unterschiedlichster Seite wird an Projekten, Tendenzen, Szenarien zur Wiederherstellung und/oder Entwicklung bürgerlich kapitalistischer Herrschaft gearbeitet. Folgende Tendenzen innerhalb des Neoliberalismus, die zugleich über ihn hinausweisen, entwickeln sich zurzeit parallel:

- (a) der Übergang vom Marktradikalismus zum neoliberalen Staatsinterventionismus (»staatsgetriebener Neoliberalismus«, ein »widerwilliger« oder gar »neoliberaler Keynesianismus«);
- (b) der Kampf um die Regulierung der internationalen Finanzmärkte im Rahmen des neoliberalen Regimes;
- (c) die Auseinandersetzung um einen möglicherweise darüber hinausreichenden Public New Deal;
- (d) die Strategien eines Green New Deal mit ähnlich transformativem Potential sowie
- (e) der Kampf um eine gerechtere Weltordnung im Rahmen der Millenniumsziele. Charakteristisch ist
- (f) die Entstehung einer ganzen Variationsbreite und der Konkurrenz von neoliberalen und postneoliberalen Entwicklungspfaden. Angesichts der unleugbaren Widersprüche und Konflikte, auf die all diese Projekte stoßen, und vor dem Hintergrund des Interesses der herrschenden Eliten, ihre Vormacht um fast jeden Preis zu verteidigen, wird

Eine ganze besondere Wirtschaftskrise

- Die Krise des Welthandels
- Die Krise des internationalen Banken- und Kreditsystems
- Die Krise der Exportindustrien
- Die Krise der Transport- und Kommunikationsindustrien
- Die Krise der neuen, exportorientierten Dienstleistungsindustrien
- Die Krise der neuen internationalen Arbeitsteilung

Michael Krätke

(g) mit starken autoritäre Tendenzen zu rechnen sein.

Es besteht die Gefahr, dass bei diesen die Konkurrenz noch weiter verschärft wird, sich Repressionen mehren und menschheitliche Existenzprobleme zuspitzen. Zu großen Teilen bleibt der globale Süden einerseits von Vergesellschaftungsprozessen abgehängt, andererseits wird er zwecks Ressourcensicherung und Markterschließung in den Freihandel und die Reproduktionsprozesse des global agierenden Kapitals einbezogen. Die Problembearbeitung durch herrschende neoliberale Eliten droht, das System des Neokolonialismus zu perfektionieren.

(A) Ein neuer Staatsinterventionismus

Die Herrschenden reagieren auf die Krise, indem die seit Jahrzehnten öffentlich zur Schau getragene Verachtung des – in Wahrheit stets auch im neoliberalen Kapitalismus aktiven – Staates plötzlich in massive Staatsinterventionen umschlägt.

Für die Kreditvergabe der Banken untereinander werden trotz der faulen, de facto längst entwerteten »Finanzprodukte« in ihren Portfolios Staatsgarantien übernommen. Das Vertrauen zu den Banken soll dadurch wieder hergestellt werden, dass durch Abkauf ihrer Schrottpapiere mit staatlichen Mitteln und unter Umständen durch Auslagerung dieser Papiere in *bad banks* saubere Bankbilanzen ausgewiesen werden. Staatliche Kapitalbeteiligungen oder Verstaatlichung von Banken sollen deren Kapitalverluste kompensieren, eine Rekapitalisierung durchsetzen und das Finanzsystem wieder funktionsfähig machen. Die (Teil-) Verstaatlichungen sollen sodann wieder rückgängig gemacht werden – sie sind begrenzt, provisorisch und nur spärlich an Bedingungen geknüpft. Diese Strategie freilich setzt zumindest voraus, dass die staatliche Politik der Verhinderung von Insolvenz »systemrelevanter« Unternehmen wie des US-amerikanischen Versicherungsunternehmens AIG erfolgreich bleibt. Die Folgen von Mehrfachzusammenbrüchen von »systemischen« Unternehmen dieser Größenordnung sind ebenso wenig im Kalkül dieser politischen Strategie wie die Frage nach dem Bankrott »systemrelevanter« Staaten. Auch die Linke hat im Übrigen für diese Situation des Kollaps zentraler Elemente des Krisenkapitalismus keinen konkreten politischen Ausweg.

Zu den staatlichen Rettungsaktionen gehören auch Schritte einer – wenn auch sehr beschränkten – konsenssichernden Stützung von sozialen Gruppen mit niedrigem Einkommen, der Begrenzung von Managergehältern und sogar Erwägungen zur Staatsbeteiligung an Industrieunternehmen.

Den Bankenrettungspaketen folgten, gejagt vom nahtlosen Einmünden der Finanzkrise in ei-

ne globale zyklische Wirtschaftskrise, staatliche antizyklische Konjunkturprogramme. Die USA setzen dafür umgerechnet über 100 und später weitere 600 Mrd. Euro ein, China sogar 1,5 Billionen Euro. In Deutschland folgt dem ersten Konjunkturprogramm in Höhe von 18,5 Milliarden ein zweites von 50 Milliarden Euro. Japans Investitionsprogramm umfasst 380 Milliarden. Frankreich wendet einstweilen 26 Milliarden Euro zur Dämpfung der Krise auf; die EU-Länder bisher insgesamt 200 Milliarden Euro. Protektionistische Maßnahmen werden ergriffen, um die Macht nationalbasierter Unternehmen im Konkurrenzkampf zu stabilisieren, gleichzeitig werden Abwehrmaßnahmen von Ländern des Südens als Verstöße gegen den »freien Welt-handel« kritisiert.

Innerhalb der EU wird an der Lissabonstrategie und an ihrer »externen Agenda ›Global Europe« festgehalten. Es geht zwar einerseits um mehr Aufsicht und effektivere Marktregulierung, aber andererseits unverändert um Strukturereformen, damit der Binnenmarkt effektiver zur Wirkung kommen und global wachsen kann.

Es gibt keine realen Anzeichen eines Politikwechsel, schon gar nicht dauerhafte wirtschaftspolitische Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse und Veränderungen in der Investitions- und Produktionspolitik der Unternehmen. »We are all socialist now« titelte Anfang 2009 das US-Nachrichtenmagazin Newsweek – weit gefehlt. Bisher deutet alles darauf hin, dass der neue Staatsinterventionismus den Zielen der Hauptakteure des neoliberalen Kapitalismus entsprechend überwiegend auf zeitlich begrenzte Maßnahmen zur Rekonstruktion eines von seinen destruktivsten Auswüchsen befreiten neoliberalen Kapitalismus beschränkt werden soll. Es ist unwahrscheinlich, dass die bislang aufgewandten Mittel ausreichen, die Situation der Überakkumulation zu bereinigen. Doch das Schwert des Staatsinterventionismus ist zweischneidig: Es könnte deutlich machen, dass der Staat zu mehr eingesetzt werden kann als zur Konservierung eines überholten Finanzmarkt-Kapitalismus.

(B) Die Regulierung der Finanzmärkte und der Kampf um ein neues Bretton Woods

Nach ersten staatsinterventionistischen Maßnahmen tritt jetzt die Zukunft des globalen Finanzsystems ins Zentrum der Auseinandersetzungen: Restaurativen Kräften, die den Staat und seine Finanzen zur Wiederherstellung der alten Ordnung nutzen wollen, und »Hasardeuren der Krise«, die sich als Krisengewinnler versuchen, stehen reformerische Initiativen gegenüber, die deutlich über den Status quo ante hinaus gehen wollen. Darin manifestiert sich zugleich der Versuch der Relegitimierung

»Die stärkste Evidenz für den beobachteten Nutzen der Derivate ist ihr spektakuläres Wachstum. Als Konsequenz der wachsenden Nachfrage nach diesen (Finanz-) Produkten hat der Umfang der globalen Over-the-Counter-Derivaten Markt nach Angaben der Bank for International Settlements (BIS) im Juni 2004 einen Nominalwert von 220 Billionen Dollar erreicht... Der Nutzen ist nicht auf jene beschränkt, die diese Derivate nutzen. Die Nutzung einer wachsenden Bandbreite von Derivaten und die damit verbundene Anwendung ausgefeilterer Methoden, Risiken zu messen und zu managen, sind Schlüsselfaktoren der gewachsenen Widerstandsfähigkeit unserer größten Finanzinstitutionen.«

Alan Greenspan, 2005

over-the-counter-market

»Freiverkehrsmarkt der USA für Aktien und Anleihen im Interbankenhandel (auch OTC-Markt genannt), der außerhalb der Verantwortung der Börse stattfindet, aber dennoch den geltenden gesetzlichen Bestimmungen für den Wertpapierhandel unterliegt. Im Optionshandel: Over-the-counter-Optionen zeichnen sich aus durch eine individuelle Laufzeit, fehlende Börsennotierung, wenig Transparenz und eine geringe Zugangsmöglichkeit für den privaten Investor.«

Börsenlexikon der FAZ

»Dass jetzt konservative Zentralbanker die Verstaatlichung des gesamten Bankensystems diskutieren, zeigt den ganzen Irrsinn des Systems: Erst nehmen die Banken die Bürgerinnen und Bürger aus, indem sie wahnwitzige Renditen erzwingen und sich unglaubliche Gehälter leisten. Und am Ende ist der Staat gezwungen, einzugreifen, damit diese Spielsüchtigen nicht das ganze System zugrunde richten.«

Heiner Flassbeck

»Unsere Aufgabe ist es, eine Sozialordnung zu entwerfen, die so effizient wie möglich ist, um ihre wirtschaftlichen Ziele zu erreichen, ohne dass wir unsere Vorstellungen von einem guten Leben verraten müssen.«

John Maynard Keynes, 1926

neoliberaler Weltfinanzmärkte wie ihrer regulativen Einhegung.

Als Hauptverursacher der Krise haben die USA, aber auch die G7/G8, ihre Legitimation als alleinige Akteure bei der Schaffung einer neuen globalen Finanzarchitektur eingebüßt. Daher musste der Kreis der Beteiligten erweitert werden: die G20. Auch wenn es diesen nach wie vor an einer demokratischen Legitimation (etwa durch die UNO) fehlt, ist dies gegenüber der kleinen Gruppe der G7/G8 doch ein erheblicher Fortschritt: Immerhin stellen die G20 nicht nur fast 90 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung, sondern vor allem 63 Prozent der Weltbevölkerung und ca. 50 Prozent der Armen dieser Welt.

Klar scheint, dass die USA nach diesem Debakel nicht mehr länger allein die Regeln des Spiels dominieren können, auch wenn der neoliberale amerikanische Staat weiterhin die Schlüsselrolle als imperialer Gewaltgarant und Koordinator des globalen Kapitalismus spielt und (wie die Nachfrage nach US-Staatsanleihen und die Entwicklung des Dollars zeigen) immer noch als globaler Wertgarant gilt. Ob und wie sehr sich dies ändern wird, hängt davon ab, welche Änderungen die Krise in den internationalen Kräfteverhältnissen provoziert. Ökonomisch wird sich das bisherige neoliberale Modell hoher Konsumraten, auf Pump finanziert durch massive Kapitalimporte aus aller Welt und Verschuldung der Haushalte, Unternehmen und des Staates, nicht restaurieren lassen. Der Washington Consensus für freien Kapitalverkehr nach US-Vorbild ist diskreditiert.

Auch wenn die Beschlüsse der G20 bislang bescheiden ausfallen, die eigentlichen Ursachen der Finanzkrise nicht thematisiert und ihre Verschränkung mit Strukturkrisen nur vage erwähnt wurden, gibt es Chancen für alternative Entwicklungen. Es stehen die umfassendsten Reregulierungen seit dreißig Jahren an. Die Unwägbarkeiten der Weltwirtschaftskrise lassen erwarten, dass der Druck die bisher nur leichten Verschiebungen hin zur Re-Regulierung weiter vorantreiben wird, ebenso wie die Widersprüche zwischen den beteiligten Staaten und Kapitalgruppen. Obama hat sich vorgenommen, dabei treibende Kraft zu werden – das Ergebnis ist offen. Die transnationalen Kapitalfraktionen fühlen sich herausgefordert und gründen das »Business 20«-Forum (B20) als Versuch, eine Führungsrolle bei der Lösung der Krise und der Gestaltung der Nachkrisenordnung zu reklamieren. In der EU heißt es offiziell: An der Lissabonstrategie und ihrer externen Agenda »Global Europe« und am Stabilitätspakt festhalten, verstaatliche Banken nach erfolgreichem Krisenmanagement an den Privatsektor zurückgeben und die Wirkungsbedingungen des Binnenmarktes verbessern – durch mehr Auf-

sicht seitens der EZB, mehr Befugnisse und schnelleres Eingreifen der EU-Institutionen und Beschränkungen für die Spekulation. Dies ist auch die vorherrschende Position in Deutschland.

Ein wirklicher Bruch mit dem Neoliberalismus lässt sich noch nicht ausmachen. Von einer wirklich neuen Finanzarchitektur, die die progressiven Ansätze von Bretton Woods aufgreift, Schritte zu einer globalen Währung einleitet, die zu stabilen Korridoren regionaler und nationaler Währungen führt und Währungsspekulationen sowie globale Handelsungleichgewichte verhindert, Mittel für die Entwicklung im Süden bereitstellt, spekulative Kapitalbewegungen wirksam besteuert, einschränkt und verbietet, die Rating-Agenturen in öffentliche Einrichtungen überführt und schließlich zu einer durchgreifenden Sozialisierung des gesamten Banksektors führt, kann bisher nicht die Rede sein. Der Widerstand dagegen ist enorm. Die real unvermeidlichen Schritte hin zu einer mehr oder minder starken Regulierung der Finanzmärkte werden aber eines deutlich machen: Die Gewalt und Vormacht dieser Märkte kann gebrochen werden.

(C) Ein Public New Deal

Über den Finanzsektor hinaus greift das Projekt eines Public New Deal unterschiedliche Krisenprozesse auf: Mit der Erneuerung und dem Ausbau des Öffentlichen vor allem durch die neuen Investitionsprogramme in öffentliche Infrastrukturen, Bildungs- und Gesundheitssysteme und die Schaffung neuer Jobs in den betreffenden Branchen, versuchen bestimmte Gruppen um Präsident Obama, sowohl den Absturz der US-Ökonomie aufzufangen und die (in den USA besonders tiefe) Reproduktions- und Jobkrise anzugehen, als auch neue Konsensangebote an die unteren sozialen Gruppen zu unterbreiten. Ähnliche Tendenzen gibt es in anderen Ländern.

Die Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik zielt nicht nur darauf ab, die Krise zu bekämpfen, sondern es geht auch um strategische Zielsetzungen im Interesse des Gesamtkapitals. Vor allem die Privatisierungspolitik des Neoliberalismus hat ja dazu geführt, dass die Herstellung der allgemeinen Bedingungen für die Reproduktion des Kapitals (bzw. der vielen Kapitale) immer unzureichender gesichert werden konnte. Im Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland ist die Zahl der Beschäftigten zwischen 1991 und 2006 um über 2 Millionen zurückgegangen. Die Personalausgaben des Staates sind von 8,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (1991) auf 6,9 Prozent (2007) zurückgegangen; in der EU lag dieser Anteil im Jahr 2007 bei 10,5 Prozent. Die öffentlichen Bruttoinvestitionen in Prozent des

Die Deutsche Bank
»Im Geschäftsjahr 2007 überstieg die Bilanzsumme – Sachwerte plus Finanzanlagen und Kredite – erstmals die Marke von zwei Billionen Euro. Davon entfielen fast 1,5 Billionen Euro auf Finanzanlagen, deren Wert ständig schwankt und von Abwertungen bedroht ist. Diesen Wackelposten standen lediglich 38,5 Milliarden Euro Eigenkapital gegenüber. Die Bank bewegte mit jedem eigenen Euro 52 Euro Geschäft – ein enormer Hebel, finanziert auf Kredit.«

Focus Money, 21.01.2009

Bruttoinlandsprodukts sanken von 2,8 Prozent (1992) auf 1,5 Prozent (2007); der Stand von 1996 ist nicht mehr erreicht worden. In der EU 27 beträgt dieser Anteil 2,6 Prozent. Die Krise der Staatsfinanzen und der öffentlichen Investitionen, des öffentlichen Beschäftigungssektors und der öffentlichen Dienstleistungen bzw. Güter stehen für diese Situation. Ein Public New Deal soll die Wiederinstandsetzung dieser Reproduktionsbedingungen leisten. Gestalt, soziale Natur, ökonomische Zielsetzung und Funktion dieser Reproduktionsbedingungen hängen aber immer davon ab, ob hier nur die Konkurrenz- und Erwerbsinteressen der vielen Kapitale zur Geltung kommen oder ob sich auch die Interessen der Gesellschaft nachhaltig durchsetzen, also *eine strategische Wende zur Erneuerung und Neuerfindung des Öffentlichen* eingeleitet werden kann.

Die Diskussion um einen Public New Deal macht deutlich, dass eine Erneuerung des Öffentlichen in seiner ganzen Breite auf der Tagesordnung steht. Ohne eine moderne, für alle zugängliche Bildung, Gesundheitsvorsorge, Infrastruktur, öffentliche Daseinsvorsorge und ein öffentliches Interesse verpflichtetes Sparkassen- und Bankwesen, ohne bürgernahe öffentliche Unternehmen, die ihren Beitrag zum sozialökologischen Umbau der Gesellschaft leisten, werden die Ursachen der Krise nicht gelöst und die Probleme auf Kosten der Schwachen und Schwächsten der Gesellschaft bearbeitet.

Für das »Öffentliche« einzutreten bedeutet, Eigentums- und Sozialbeziehungen, Unternehmen, Güter, Räume oder Maßnahmen der Daseinsvorsorge (insbesondere Ernährung, Wohnen und Gesundheit), der Kommunikation, der öffentlichen Gewalt oder politischen Entscheidungen so zu gestalten, dass sie durch ihre Ausrichtung und Orientierung auf allgemeine Interessen (Gemeinwohlorientierung) die Ungleichheit der Verteilung von Ressourcen in der Gesellschaft vermindern und ebenso die Ungleichheit der Verteilung politischer Güter (Teilhabe, Zugang) mindern und ihr Arrangement demokratisieren, also auch verallgemeinern und somit Entwicklungsmöglichkeiten von Individualität schaffen. Die aktuell sichtbar werdenden Ansätze zu einer Politik der Wiederinstandsetzung der allgemeinen Produktionsbedingungen des Kapitals können somit zugleich Räume für eine neue Politik des Öffentlichen erschließen.

(D) Green New Deal

Die allgemeine Umorientierung von Investitionen in Richtung Energieeffizienz und Reduzierung von CO₂-Emissionen wäre die notwendige technologische und Akkumulationsbasis zur Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen und für einen neuen gesellschaftlichen Konsens, ein bereits lautstark geforderter »grüner New Deal

als Antwort auf Finanz- und Wirtschaftskrise, Reproduktions-, Job- und ökologische Krise – und zur Relegitimierung der Marktwirtschaft. Dieses Projekt wurde u. a. von der Green New Deal Group, einem Zusammenschluss von Publizisten, Partei- und NGO-Funktionären als Lösung einer »dreifachen Krise« vorgeschlagen, einer »Kombination aus kreditgetriebener Finanzkrise, dem beschleunigten Klimawandel und steigenden Energiepreisen vor dem Hintergrund von »peak-oil«. Befördert wurden diese Vorstellungen nicht zuletzt durch den Stern-Report zum Klimawandel 2006, die Analysen transnationaler Forschungsgruppen sowie die populären Aktivitäten des Nobelpreisträgers Al Gore.

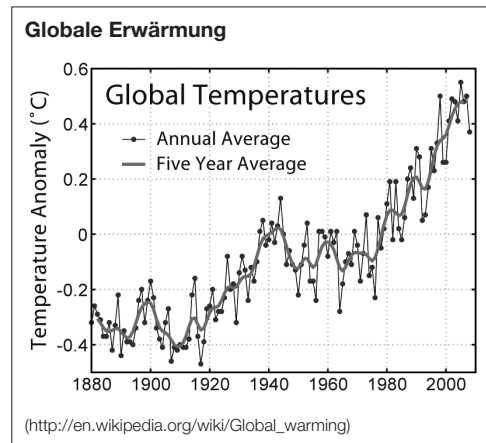
Bundesumweltminister Gabriel reagierte mit seinem »New Deal von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung«: »Dreh- und Angelpunkt eines Modells nachhaltiger Entwicklung muss eine ›dritte industrielle Revolution‹ werden, in deren Zentrum die Energie- und Ressourceneffizienz steht.« Bei aller Parteienkonkurrenz sind Mitstreiter/innen bzw. Verfechter/innen neben den europäischen Grünen Parteien große NGOs wie der WWF oder Friends of the Earth, transnationale Netze von Umweltwissenschaftlern und die UN – und Obama, der die drei Posten des Energieministers, der Umweltministerin und der Vorsitzenden des Umweltrates im Weißen Haus mit ausgewiesenen Bekennern einer ökologischen Wende besetzte.

Hinter dem Green New Deal stehen auch Kapitalgruppen wie Internet- und IT-Unternehmen (Google, MySpace oder Microsoft, die zu den wesentlichen Beratern des neuen Präsidenten in diesen Fragen zählen), Pharma-, Bio- und Gentech-Unternehmen, die Branche der regenerativen Energien (einschließlich der »grünen« Ableger der großen Energieversorger und des Maschinenbaus), die großen Versicherungskonzerne, Automobilkonzerne wie Toyota oder Renault, Nanotech- und Chemieunternehmen wie BASF (die neue, leichte und energieeffiziente Werkstoffe entwickeln), selbst Ölkonzerne wie BP (die sich in »Beyond Petrok« umbenannt haben) sowie Venture-Capital Fonds oder die kleine, aber wachsende Branche der ethischen Investoren (einschließlich großer Pensionsfonds und anderer Fondsgruppen).

Ein grüner New Deal könnte mehr sein als ein ökologisch konnotiertes, kurzfristiges Programm zur Einhegung der Krise, zumal er auf langfristige »Globalisierungsgewinne« zielt. Er beinhaltet vielmehr einen staatlich initiierten und massiv subventionierten Übergang (Transformation) zu einer »ökologischen« Produktionsweise, die neue Akkumulationsfelder für das nach Investitionsmöglichkeiten suchende Kapital erschließt (das weitere Zur-Ware-Machen von natürlichen Ressourcen im Bereich von Biodi-

Klassencharakter des Konjunkturprogramms

Das Konjunkturprogramm II hat ein Klassengesicht: Die Bundesregierung verspricht Einkommenssteuerentlastungen. Bezieher/innen von Niedrigeinkommen bis 10.000 Euro werden um 150 Millionen entlastet. Gut Verdienende mit einem Jahreseinkommen von über 53.000 Euro gewinnen 1.450 Millionen Euro, also fast das Zehnfache – ganz zu schweigen von den Milliarden Steueraufwendungen für die Sanierung der Bankeigentümer.



versität oder Gentechnologie; Technologien zur ökologischen Effizienzsteigerung in Produktion und Energieversorgung); neue Investitions- und Spekulationsmöglichkeiten eröffnet sowie neue Absatzmärkte im Zertifikat- bzw. Emmissionshandel und im ökologischen Konsum schafft (Bio-Lebensmittel, ökologischer Hausbau, umweltfreundlichere Autos usw.). Der Markt für Investitionen in emissionsarme Energien und grüne Technologien verspricht, auf etliche Billionen Dollar anzuwachsen. Natur und Umweltschutz werden zur Ware, was die Möglichkeiten zur Lösung der ökologischen Krise beschränkt. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die Ausbreitung der Biotreibstoffe die Ernährungskrise verschärft und die Nahrungssicherheit der Menschen im globalen Süden hinter die Mobilitätsinteressen des Nordens gestellt wird.

Der grüne Kapitalismus ist also nicht die Lösung der ökologischen Krise, sondern vielmehr der Versuch ihrer Bearbeitung im Sinne der Wiederherstellung von erweiterter kapitalistischer Akkumulation und Hegemonie unter Einbeziehung progressiver oppositioneller Gruppen und Interessen der Subalternen. Eine Umwälzung der gesamten Produktionsstruktur, der Praxis und Kultur des Konsumismus, der Ökonomie der Autogesellschaft, der Struktur unserer Städte und unseres gesellschaftlichen Verhältnisses zur Natur, ohne die kapitalistische Produktionsweise als solche anzutasten, reproduziert jedoch zugleich deren Widersprüche.

Angesichts der zu bewältigenden Aufgaben bei der schnellen Überwindung einer Weltwirtschaftskrise und der noch gewaltigeren Aufgabe für Industriestaaten, bis 2050 die Treibhausmission um 80 Prozent zu reduzieren – wobei der Erhalt der Biodiversität im allgemeinen nicht einmal als gleichzeitige Herausforderung genannt wird –, also die gesamte Wirtschaft binnen drei Jahrzehnten vom über 150 Jahre alten fossilistischen Zeitalter in eine solare Zukunft zu katapultieren, wird dies nicht ohne Brüche und Krisen möglich sein. Dieser Zeitfaktor produziert z.B. Probleme der Entscheidung zwischen einer konsequenten Umstellung bei Vernich-

tung alter Branchen/Kapitale und der Gefahr ökonomischer Krisen oder einer zu langsamen Umstellung bei Verschärfung von Umwelt- und sozio-ökonomischen Folgekrisen. Darüber hinaus führt die Einschließung der Ökologisierung in die Wertform durch Konzentration auf weitere In-Wert-Setzung, Verwertung, weiteres Wachstum, weiteren Ressourcenverbrauch und zugleich Vernachlässigung der nicht-profitablen Bereiche zur Begrenzung der Lösungsmöglichkeiten der Krise.

Insofern der Public und der Green New Deal aber Grundprobleme der gegenwärtigen Produktions- und Lebensweise aufgreifen und die Strukturen der Reproduktion zu verändern suchen, bieten sie deutliche Ansatzpunkte für eine transformatorische Politik, die über den Kapitalismus hinausweist, und können sie zu einem Hauptfeld des Kampfes für eine solidarische Gesellschaft werden.

(E) Milleniumsziele und Kampf um eine gerechtere Weltordnung

Globale Katastrophen oder globale Kooperation – unter dem Druck dieser Alternative verstärken sich Tendenzen zu einem global kooperativen Kapitalismus. Die Weltmarkt Konkurrenz verschärft sich, die politischen Divergenzen nehmen zu, und die sozialen Klüfte zwischen Süd und Nord werden krasser.

In Grundsatzklärungen Präsident Obamas, in Gesprächsangeboten an Russland und in der Bereitschaft zum Dialog mit der islamischen Welt, beispielsweise mit dem Iran – eingeschlossen begonnene Gespräche hochrangiger außenpolitischer Berater Obamas mit Ahmadinedschad – zeichnet sich eine US-amerikanische Wende zur Kooperation ab. Die enorme Bedeutung von chinesischen, russischen und arabischen Staatsfonds für die Beherrschung der US-amerikanischen Staatsverschuldung erfordert zwingend kooperative Beziehungen. Eine Verstärkung multilateraler Politik und die Erweiterung der G8 zu den G20 sind ebenfalls Zeichen eines neuen Gewichts von Kooperation in der internationalen Politik. Schon seit einigen Jahren deutet die wachsende Bedeutung von Global Governance, d.h. eines Zusammenwirkens von Regierungen, internationalen Organisationen, ökonomischen und anderen Nichtregierungsakteuren in einem Geflecht von formellen und informellen Beziehungen, auf mehr Kooperation hin – allerdings mit dem Hauptziel der Herrschenden, ihre Macht durch Inkorporation neuer Kräfte zu stärken.

Deshalb hat als Gegengewicht dazu eine ganz andere Ebene internationaler Kooperation und Solidarität erstrangige Bedeutung: die Vernetzung von demokratischen Akteuren für eine andere, gerechte Welt. Die Sozialforumsbewe-

»Obwohl unser jetziges System entschlossen zu sein scheint, in einer Katastrophe zu enden, brauchen wir einen dritten Weg zwischen dem blutrünstigen Zähne-und-Klauen-Kapitalismus und einem weltweiten Aufstand, der genauso utopisch wie unwahrscheinlich ist. Es gibt dafür ein historisches Beispiel. Wenn die Alliierten dem Faschismus widerstanden, war dies genau-so ein schrecklicher Feind wie der Klimawandel für uns. Die USA hatten sich noch nicht völlig aus der Depression befreit, aber sie hatten mit Franklin D. Roosevelt einen Präsidenten, der verstand, was notwendig war. Unter seiner Führung wurde die Wirtschaft in erstaunlich kurzer Frist auf den Kriegspfad gebracht... Eine vergleichbare Anstrengung ist notwendig, um der Umweltzerstörung zu begegnen und es wäre weniger schwierig, als es klingt. Der Punkt, auf den es politisch ankommt, ist, dass eine ökologischer Keynesianismus ein Szenario ist, bei dem alle gewinnen können.«

Susan George

gung und tausende, oft miteinander verbundene soziale, ökologische, feministische, Dritte Welt- und Friedensinitiativen, aber auch Schritte wie die Gründung der International Trade Union durch über 300 Gewerkschaftsorganisationen aus rund 150 Ländern, gehören dazu.

Der neue Staatsinterventionismus als Reaktion auf die Finanzkrise entwickelt sich trotz aller Divergenzen von vornherein in ständigen internationalen Abstimmungsrunden und trotz nationaler Alleingänge in Richtung gemeinsamer Festlegungen der Konturen einer künftigen Finanzarchitektur.

Die militärische Überdehnung der USA im Verein mit den zu erwartenden Langzeitwirkungen der Finanzkrise auf die Staatsverschuldung sind der Hintergrund einer Initiative für eine totale nukleare Abrüstung, die die beiden ehemaligen Außenminister Kissinger und Shultz gemeinsam mit William Perry und Sam Nunn starteten. Schritte in diese Richtung hätten erstrangige Bedeutung für die Bewältigung einer der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die allerdings in der öffentlichen Diskussion nur wenig wahrgenommen wird. Noch ist offen, ob es gelingt, die Erosion der Rüstungskontrolle umzukehren. Noch sind Nachfolgeverträge für das Auslaufen von START und SALT im Jahr 2009 nicht in Sicht. Ohne solche Nachfolgeverträge wäre auch das größte Abrüstungsabkommen der Geschichte, der KSE-Vertrag, gefährdet. Zudem wird die Weiterverbreitung von Kernwaffen immer wahrscheinlicher, wenn ein neuer Einstieg in Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht gelingt. Globale Katastrophen oder globale Kooperation – diese Entscheidung gewinnt eine neue Zentralität.

Ein großes Signal für die kooperative Zurückdrängung der Armut in weiten Erdregionen war der Beschluss von 189 Regierungschefs über acht Millenniumsziele für den Zeitraum bis 2015 auf dem Millenniumgipfel der Vereinten Nationen im September 2000. Auf vorangegangenen und auf Folgekonferenzen wurden mit Teilerfolgen ergänzende Schritte vereinbart. Aber die Realität in den Entwicklungsländern verweist auf die Schwäche der Kooperation im Kampf gegen die Armut. Die absolute Zahl der Hungernden auf der Erde steigt weiter an. Die jährlichen Verluste der Entwicklungsländer allein durch Kapitaltransfers in Steuerparadiese und Offshore Zentren sind mit 500 Milliarden US-Dollar fünf mal so groß wie die gesamte Entwicklungshilfe. Finanzspekulationen im Nahrungsgüterbereich haben erheblich zu Preisexplosionen beigetragen, die zu Hungerkrisen und Hungeraufständen führten.

Tendenzen zu internationaler Kooperation wirken in der globalen Klimapolitik. In letzter Minute des Verhandlungspokers auf der Klima-

konferenz in Bali vom Dezember 2007 – also noch unter der Präsidentschaft Bushs – sahen sich die USA gezwungen, einem Kompromissvorschlag zuzustimmen, der zwar keine definitiven Festlegungen hinsichtlich der Aufteilung von Gesamtemissionszielen auf die einzelnen Länder enthielt, dennoch aber den Weg für Kyoto-Nachfolge-Regelungen geöffnet hat. Die ökologische Komponente in Obamas Konjunkturprogramm bestätigt das. Das jährlich in Davos tagende Weltwirtschaftsforum hat sich ein Global Risk Network geschaffen. In dieser Organisation wirken Experten aus den Planungsstäben internationaler Unternehmen auf abgestimmte Maßnahmen gegen globale Risiken hin. Unter 23 definierten Kernrisiken betrachten sie den Klimawandel als entscheidende Herausforderung des 21. Jahrhunderts an internationale Kooperation (Global Risk Network, Jahresreport 2007). Eine Gruppierung von 314 Investoren mit einem Gesamtvermögen von 41 Billionen Dollar hat bereits im Jahr 2000 das Carbon Disclosure Project auf den Weg gebracht, in dessen Rahmen die Treibhausgasemissionen von 2004 börsennotierten Weltunternehmen erhoben werden, um Druck auf die Senkung der Emissionen auszuüben.

Die Entscheidung zwischen globalen Katastrophen und globaler Kooperation ist noch offen. Doch mit neuen Tendenzen zu internationaler Kooperation bestehen Hoffnungen, diese in kommenden Kämpfen stärken zu können.

(F) Die Entstehung einer ganzen Variationsbreite und der Konkurrenz von postneoliberalen Entwicklungspfaden

Der Washington-Konsensus war schon vor der Krise delegitimiert, nach der Krise wird er wohl verschwunden sein. Weder können die USA und Europa allein die Spielregeln bestimmen, noch ist ein transnationaler Konsens erkennbar. Zu deutlich haben sich sowohl südamerikanische Länder wie die BRIC-Staaten (jeder für sich) schon länger auf die Suche nach ‚postneoliberalen‘ Formen der Integration in den Weltmarkt und der ökonomischen und sozialen Politik in den betreffenden Ländern gemacht.

In Südamerika haben starke soziale Bewegungen Regierungen gestürzt, Mitte-Links-Regierungen an die Macht gebracht, Ansätze partizipativer Politiken und solidarischer Ökonomien etabliert, indigene Bewegungen einen anderen Umgang mit Repräsentation, Öffentlichkeit und Eigentum erzwungen. Initiativen, die auf unterschiedliche und widersprüchliche Weise von betreffenden Regierungen aufgenommen wurden: von Venezuelas Öl-Sozialismus des 21. Jahrhunderts, über die stark von Indigenen getragenen linken Staatsprojekte in Bolivien und Ecuador, die links-sozialdemokratischen Projekte von Lula und Kirchner, etc. Auf

Für die Umsetzung der Millenniumserklärung erstellte eine Arbeitsgruppe aus UN, Weltbank, OECD und anderen Organisationen im Jahr 2001 eine Liste von Zielen, die als die acht so genannten »Millennium-Entwicklungsziele« (engl. Millennium Development Goals, MDGs) bekannt wurden.

Im Einzelnen wurden folgende Hauptziele formuliert:

1. Bekämpfung von extremer Armut und Hunger (Vorgabe: bis zum Jahr 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die weniger als 1 US-Dollar in lokaler Kaufkraft pro Tag zur Verfügung haben, und ebenso den Anteil der Menschen, die Hunger leiden [Basisjahr 1990])
 2. vollständige Primarschulbildung für alle Jungen und Mädchen
 3. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen
 4. Reduzierung der Kindersterblichkeit (Senkung der Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel)
 5. Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern (Senkung der Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel)
 6. Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten
 7. Ökologische Nachhaltigkeit (Verbesserung des Umweltschutzes)
 8. Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft
- Alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sind sich einig und haben zugesagt, diese Ziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen.

sehr verschiedene Weise setzen sie alle – trotz zum Teil verschärfter Exportorientierung verbunden mit sozial und ökologisch verheerenden Großprojekten – im Inneren auf Verschiebung der Kräfteverhältnisse, mehr Partizipation, progressive Reformen und stärkere Politiken des sozialen Ausgleichs, die die Handlungsfähigkeit subalternen Gruppen partiell erweitern – auch wenn die Probleme von Ungleichheit, Armut und beschränkten Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen fortbestehen.

Auch in Indien haben sich starke Bewegungen formiert, der Bauern, der Landlosen, der »Unberührbaren«, globalisierungskritische Netzwerke. Sie stehen jedoch, abgesehen von sehr widersprüchlichen Erfahrungen in den maioistisch kontrollierten Gebieten oder in kommunistischen regierten Bundesstaaten wie Kerala, nicht in Verbindung zu einem linken Staatsprojekt. Dennoch nimmt der Staat in Indiens Hightech-Mixed-Economy eine andere Rolle ein als in den Neoliberalismen der USA oder Europas.

Noch deutlicher versuchen Chinas Staatskapitalismus oder die staatliche Investitionspolitik der Golfstaaten – sozusagen von oben –, kapitalistische Dynamik und staatlich kontrollierte Entwicklung mit selektiver Öffnung in ein anderes Verhältnis zu bringen und damit eigenständig(er) über die Zukunft des Landes zu bestimmen.

In Skandinavien haben sich trotz neoliberaler Hegemonie ebenfalls unterschiedliche Ansätze eines anderen Typus von Kapitalismus gehalten. Dieser hat sich dem Trend zur Liberalisierung nicht verschlossen, ist vielmehr auf dem Weltmarkt außergewöhnlich erfolgreich und hat zugleich höhere Arbeits- und Sozialstandards erhalten. Er legt einen stärkeren Fokus auf öffentliche und soziale Infrastrukturen, Bildung und staatliche Intervention als andernorts und garantiert so für breite Teile der Bevölkerung einen höheren Lebensstandard. Die skandinavischen Erfahrungen sind mit Blick auf verallgemeinerbare Übergänge zu postneoliberalen Entwicklungswegen in den Industriestaaten – auch kritisch – aufzunehmen.

International formierte sich schon vor Jahren innerhalb der WTO eine andere G20+, als lockerer Verbund von Ländern des »globalen Südens«, um der Verhandlungsmacht Europas, der USA und Japans etwas entgegen zu setzen und die Position des »globalen Südens« zu stärken. Nach dem Scheitern der WTO-Verhandlungen in Cancun/Mexiko 2003 setzten Brasilien, China und Südafrika verstärkt auf sogenannte Süd-Süd-Kooperationen. Sie wollen sich nicht abkoppeln, sondern eigenständig über die Bedingungen und Formen der weiteren Integration ihrer Ökonomien in den Weltmarkt mitbestimmen und zugleich die Abhängigkeit von den alten kapitalistischen Zentren reduzie-

ren. Durch Diversifizierung des Außenhandels konnte etwa Brasilien den Anteil des Exports in die USA, die EU und nach Japan in nur fünf Jahren um 12 Prozent verringern, obwohl der Export auch in diese Länder deutlich zunahm. Dieses Vorgehen strahlt aus auf die kleineren, zum Beispiel afrikanischen Länder, die sich durch Kooperationen mit China oder Brasilien von einseitiger Abhängigkeit gegenüber der EU, den USA oder dem IWF befreien wollen. Ob diese Entwicklungen zur Herausbildung neuer kapitalistischer Blöcke mit eigenen hegemoniepolitischen oder imperialen Ambitionen führen werden, wie es vor allem am Beispiel Chinas und seiner Rohstoff- und Afrikapolitik diskutiert wird, ist noch unklar.

Als Gegengewicht zu den transnationalen Institutionen wie IWF, Weltbank oder WTO werden darüber hinaus regionale Integrationsprojekte wie der Mercosur oder die ALBA in Lateinamerika vorangetrieben, Kooperationen zwischen China, Japan und Südkorea oder den Asean-Staaten schrittweise vertieft, regionale Entwicklungsbanken wie die Banco del Sur gegründet. Nicht in jedem Fall funktionieren die transregionalen Institutionen bereits, vor allem in Afrika stehen Integrationsprojekte vor schier unüberwindbaren Hürden. Gelingende Projekte werden jedoch andere nach sich ziehen.

Dennoch darf keineswegs übersehen werden: Die Menschen in Afrika bleiben weiter abgehängt und sind zugleich massiv mit Freihandelsforderungen konfrontiert. Die Millennium Development Goals werden nicht erreicht.

Auch die Spaltungen in Europa wachsen, vor allem zwischen den EU- und den Nicht-EU-Staaten und innerhalb der EU zwischen Westeuropa und den Ländern Mittelosteuropas sowie den Euro- und Nicht-Euro-Staaten.

Die Krise der Weltwirtschaft und des Neoliberalismus befördert die zumindest teilweise Abwendung von blinder Liberalisierung, Privatisierung und extremer Exportorientierung sowie die Suche nach alternativen Entwicklungsweisen. Wie allen stark exportorientierten Ökonomien setzt die Krise auch dem »globalen Süden« massiv zu: Rückgang der globalen Nachfrage, Verfall von Rohstoff- und Ölpreisen, Abzug von Kapital aus den alten kapitalistischen Zentren etc. Umso mehr wird entscheidend sein, ob es ihnen gelingt, den sozialen Ausgleich mit einer Reorientierung auf die Binnenwirtschaft voranzutreiben, deren produktive Potenziale zu entfalten, sie zu einem selbsttragenden ökonomischen Faktor zu entwickeln und dafür – sofern vorhanden – ihren Ressourcen- und Ölreichtum zu nutzen. Dafür bedarf es – etwa in China und Venezuela oder den Golfstaaten – auch einer Stärkung der Elemente der Selbstorganisation, der Zivilgesellschaft und Demokratie. Die BRIC-Staaten

und die Länder der Peripherien müssen dies mit Politiken der Gewährleistung von Ernährungssicherheit, konsequenten Landreformen und ökologischer Umorientierung verbinden. Andernfalls drohen die ohnehin scharfen gesellschaftlichen Spannungen zu eskalieren, ob in China, Indien, Südafrika oder Bolivien. Zugleich soll die Neuorientierung aus Sicht der Regierenden erfolgen, ohne die weltmarkt-orientierten Kapitalgruppen und Investoren vor den Kopf zu stoßen – angesichts der Wachstumsaussichten der BRIC-Staaten stehen die Chancen dafür nicht schlecht. Entlang dieser Konfliktlinie werden sich die Auseinandersetzungen vollziehen.

(G) Ein erneuerter Autoritarismus

Die letzte Konjunktur des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus wurde bereits als autoritärer Neoliberalismus bezeichnet: Seit Jahren lässt sich die Hinwendung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen nach rechts beobachten (Evangelikale in den USA oder Rechtsextreme in Europa). Mit der Prekarisierung von Arbeits- und Lebensweisen und der Ausdünnung der sogenannten Mittelklassen sind die Rückkehr von harten Abgrenzungs- und Respektabilitätsgrenzen, autoritären Erziehungs- und Leistungsvorstellungen sowie eine Verschärfung von Migrationspolitik und Ausgrenzung verbunden. Mit der Regierungsübernahme durch deutlich rechte Gruppierungen (Österreich, Frankreich, Italien, USA unter Bush) wird über nationalistische Anrufungen versucht, einen gesellschaftlichen Konsens zwischen oben und unten zu schmieden, der auf Abgrenzung von anderen setzt und zulasten von Minderheiten aller Art geht. In allen MOE-Staaten wachsen politische Fundamentalismen und Extremismen. Lettland erlebte die größte Gewalt seit 1991. Deutschland meldet einen Rekord bei rechtsextremistischen Straftaten.

Nach außen werden imperiale Politiken, der Kampf gegen den Terror als Kampf der Kulturen betont und mit der Verschärfung von Sicherheits- und Kontrollpolitiken verbunden. An ihren Außengrenzen schottet sich die EU militärisch vor Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten ab. Die Asyl- und Migrationspolitik der EU zielt vorrangig auf wirtschaftlichen Gewinn und betrachtet Menschen als »Sicherheitsrisiken«. Mit den zu begrüßenden Schritten zu freiem Personenverkehr in der EU wird jedoch vor allem die polizeilich-justizielle Zusammenarbeit entwickelt. Repressive Maßnahmen werden gegen Oppositionelle (Gewalt und strafrechtliche Verfolgung) wie in der Sozialpolitik (»Fordern statt Fördern«) verstärkt eingesetzt: Verpolizeilichung und »Bestrafung der Armen« (Wacquant) sollen

ihre Anpassung gewährleisten und Unruhen unterbinden. Bei Krisen und wachsenden sozialen Spannungen wächst die Neigung, sie durch autoritäre Maßnahmen und einen nationalchauvinistischen Konsens einzudämmen bzw. international militärisch einzuhegen.

Angesichts der Schwierigkeiten einer Restauration des Neoliberalismus, aber auch von Public New Deal und Green New Deal, vor allem mit Blick auf globale Konkurrenzen und ungeahnte Folgen der Krise, ist nicht auszuschließen, dass autoritäre Tendenzen an Bedeutung gewinnen werden – bei ggf. gleichzeitiger Rücknahme der imperialen, kulturkämpferischen oder antiterroristischen Rhetorik. Allerdings wird schon die imperiale Absicherung der ungehinderten Aneignung von Öl und Ressourcen sicher wesentliches Ziel der alten und neuen kapitalistischen Kernländer bleiben.

Die ungleiche Verteilung der unvermeidlichen Folgen von Weltwirtschafts- wie Klimakrise auf die gesellschaftlichen Klassen und Gruppen spricht für eine Betonung von Sicherheitspolitiken von Seiten der »Herrschenden«: »Niemand hat eine Ahnung«, so Mike Davis (2008), wie »ein Planet voller Slums mit wachsenden Ernährungs- und Energiekrisen [...] sein reines Überleben sichern kann«, noch wie die Menschen in den Slums reagieren werden. Er geht eher von einer »selektiven Anpassung« aus, die »den Erdenbewohnern der ersten Klasse auch weiterhin einen komfortablen Lebensstil ermöglicht«, in »grünen, streng eingezäunten Oasen des permanenten Überflusses auf einem ansonsten öden und unwirtlichen Planeten«.

Für ein eigenes hegemoniales Projekt ist der Autoritarismus sicher nicht ausreichend, da Attraktivität und ökonomisches Potenzial begrenzt bleiben. Schon jetzt belasten die enormen Kosten der Sicherheitsapparate, die imperiale Überdehnung, die voraussichtlichen Kosten von Naturkatastrophen die Haushalte mindestens so stark wie die globale Finanzkrise. Die stoffliche Struktur der Rüstungsproduktion hat sich seit den fordistischen 50er Jahren stark verändert und die Beschäftigungseffekte der Rüstung sind heute weitaus geringer als damals. Insofern sind die Möglichkeiten eines neuen Militärkeynesianismus für die Entfaltung einer neuen Dynamik sehr begrenzt. Ebenso wie öko-diktatorische Maßnahmen nur als Tendenz innerhalb anderer hegemonialer Projekte oder für begrenzte und umgrenzte Räume vorstellbar sind, können Autoritarismen und sogar Elemente faschistoider Politik komplementär zu anderen Projekten Wirkung entfalten, diese stützen. Die Linke muss mit dieser Tendenz rechnen, um sich frühzeitig dagegen zu positionieren und emanzipative Antworten zu finden.

**Wir zahlen nicht für eure Krise!
– Für eine solidarische Gesellschaft. Aktionstag zum Weltfinanz-Gipfel (G20), im Rahmen der globalen Aktionswoche gegen Krise und Krieg:**

- »Wir demonstrieren für Sofortmaßnahmen, die den Opfern der Krise helfen, aber gleichzeitig den ökologischen und demokratischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben – als Schritte auf dem Weg in eine solidarische Gesellschaft:
- Für umfangreiche Investitionsprogramme in Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, öffentliche Infrastruktur und Gesundheit.
- Für einen sozialen Schuttschirm für Beschäftigte, Erwerbslose und RentnerInnen: armutsfester gesetzlicher Mindestlohn. Weg mit Hartz IV und Agenda 2010, für sofortige Erhöhung des Eckregelsatzes – existenzsichernd und ohne Sanktionen gegen Erwerbslose. Weg mit der Rente mit 67, für armutsfeste Renten ohne Lebensarbeitszeitverlängerung, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht statt Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit.
- Dafür, dass die Profiteure die Kosten der Krise bezahlen: Mit einer Sonderabgabe auf große Vermögen, und einer Millionärssteuer. Der Bankenrettungsfonds muss von den Banken finanziert werden. Eine »Bad Bank«, die lediglich die Verluste sozialisiert, darf es nicht geben.
- Für die demokratische Ausrichtung von Wirtschaft und Banken. Der private Bankensektor muss gesellschaftlich kontrolliert und am öffentlichen Interesse orientiert werden. Die Steueroasen sind endlich zu schließen; Banken, die dort arbeiten, müssen bestraft werden. Das weltweite Finanzsystem muss reguliert und demokratisch kontrolliert werden. Hedgefonds und andere spekulative »Instrumente« sind zu verbieten. Betriebe, die öffentliche Finanzhilfe bekommen, dürfen nicht entlassen. Die Beschäftigten brauchen Veto-Rechte bei grundlegenden wirtschaftlichen Entscheidungen. Das politische Streikrecht muss für alle gelten.
- Die Krise darf nicht auf die Menschen des globalen Südens und die Natur ab-

Was tun? Linke Politik in Zeiten der Krise

Die Krise als Herausforderung

Die Tiefe der gegenwärtigen Krise wird dazu führen, dass sich kurzfristig keine dauerhafte Lösung durchsetzt. Die noch ungebrochene Vormacht neoliberaler Kräfte des Finanzmarkt-Kapitalismus blockiert grundsätzliche Alternativen. Verschiedene Ansätze werden nebeneinander stehen. Es kommt zu einer Konstellation der Offenheit und des Übergangs, die vielleicht ein Jahrzehnt dauern kann. Da viele Grundprobleme nicht substantiell angegangen werden, wächst die Gefahr noch schlimmerer finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Krisen. Eine wirkliche ökologische Wende ist bisher nicht in Sicht.

Aus den sozialen Kämpfen, der Konkurrenz der Bearbeitungs- und Lösungsversuche wird sich nur schrittweise eine hegemoniale Richtung herauskristallisieren, die dann für Jahrzehnte eine gewisse Bandbreite von differenten Wegen einschließt, jedoch Terrain und Entwicklungsrichtung der Variationen eines »Postneoliberalismus« weitgehend bestimmt.

Die Herrschenden sind gespalten. Sie werden hin und her gerissen zwischen dem Zwang zur gesellschaftlichen Regulierung im Interesse von Stabilität, Zukunftssicherung und eigener Glaubwürdigkeit einerseits und den Interessen der Finanzoligarchien und vermögender Minderheiten andererseits, die sich teilweise einem neuen Antietatismus zuwenden. Ihre soziale, politische und intellektuelle Basis in den Mittelschichten ist geschwächt. Der Protest der Lohnabhängigen wächst. Die Ausgegrenzten und Verarmten, jene ohne Hoffnung, suchen mit immer größerer Wut nach Auswegen oder resignieren ganz. Die Schärfe der politischen Auseinandersetzungen nimmt zu.

Die Macht- und Geldeliten können letztendlich nicht umhin, Wirtschafts- und Konsumstrukturen, selbst Eigentumsverhältnisse und die Formen der Politik zu verändern, um den Kapitalismus überlebensfähig zu machen. Die damit verbundenen Interessenkonflikte und Auseinandersetzungen, die unvermeidliche Kompromissuche und die Folge immer neuer Teilschritte bieten die Chance, eigene Positionen wirkungsvoll zur Geltung zu bringen. Wenn es gelingt, an die Risse in der Herrschaft des Kapitals den Hebel erneuerter linker Politik anzusetzen, kann eine Welt verändert werden. Im Kampf kann eine Dynamik entstehen, die aus der jetzigen Politik der Herrschaftssicherung wirkliche soziale, ökologische und demokratische Umgestaltung werden lässt, aus der eine solidarische Gesellschaft entstehen kann.

Die offene Situation einer andauernden komplexen Gesellschaftskrise des heutigen Kapita-

lismus stellt die Linke in Deutschland, Europa und auch global vor völlig neue Herausforderungen.

Keiner wird mehr sagen können, es gäbe keine Alternativen. Vor uns liegen Jahre eines offenen Kampfes. Ein Weiter-So ist unmöglich. »Was tun?« ist die Frage der Stunde. In einer solchen Situation können selbst politische Minderheiten, Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Bürgerinnen und Bürger Einfluss gewinnen. Die Spaltung und Schwäche der Herrschenden und der Zwang zur Veränderung öffnen Möglichkeiten, unterdrückte Alternativen zur Geltung zu bringen. Die Linke muss radikal sein und sich selbst ändern, will sie auf der Höhe der Zeit sein.

In großen Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft wird aber weder der Partei DIE LINKE, noch Gewerkschaften und vielen sozialen Bewegungen wirkliche Zukunftskompetenz zugesprochen. In Europa ist es nicht die Linke, die die Tagesordnung bestimmt. Auch global sind die vor allem im Rahmen des Weltsozialforumprozesses entwickelten Positionen zwar stark genug, die Legitimität des Neoliberalismus und der jetzigen Lösungsversuche von oben in Frage zu stellen, aber noch viel zu schwach, direkt in die Weichenstellung einzugreifen.

Akteure, die eine Gesellschaft selbstbestimmt und solidarisch handelnder Menschen und daher eine tiefgreifende Transformation der Gesellschaft anstreben, sind gefordert, zerstörerische Tendenzen strukturell zurück zu drängen und letztendlich zu überwinden: (1) Armut, soziale Ausgrenzung – darunter Arbeitslosigkeit –, (2) wachsende soziale und territoriale Spaltungen; (3) Natur- und Kulturzerstörung, vor allem globale Erwärmung, Artensterben; (4) Entdemokratisierung, Überwachung und Repression, Verlust demokratischer Gestaltungs- und politischer Steuerungsmöglichkeiten (insbesondere durch Privatisierung öffentlicher Leistungen, Verarmung von Kommunen und Regionen), Fundamentalismen/Extremismen; (5) – Militarisierung und Kriege, bewaffnete Konflikte und Attacken.

Hauptaufgabe einer erneuerten Linken wird es sein,

- Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Lohnabhängigen, sozial Schwächeren und den globalen Süden mit der Entwicklung einer an den Werten globaler Solidarität orientierten Perspektive zu verbinden, soziale Kämpfe zu organisieren und zu vernetzen;
- Räume für die Zusammenarbeit und Selbstorganisation der Akteure zu schaffen, die be-

reit sind, Alternativen zu entwickeln und zu leben;

- reaktionären Antworten fortgesetzter Enteignung, Entdemokratisierung und neuer Kriege mit aller Entschiedenheit zu begegnen;
- die konservative Fortsetzung des Neoliberalismus mit anderen Mitteln zu verhindern;
- progressive Formen der staatlichen Intervention, der Erneuerung des Öffentlichen, des sozialökologischen Umbaus und solidarischer globaler Entwicklung zu unterstützen
- und darin Ansätze der Transformation über den Kapitalismus hinaus zu entwickeln, sowie Schritte zu einem sozialökologischen Umbau einzuleiten und zu realisieren und Elemente einer solidarischen Gesellschaft durchzusetzen.

Das verlangt Wandlungsprozesse in den linken Bewegungen selbst, der Verhältnisse zwischen ihnen und der von ihnen vertretenen Lebensweisen. Es geht darum, dem Regime der Konkurrenz und der Angst, das im Neoliberalismus kultiviert wurde und das in der Wirtschaftskrise stärker wird, solidarische Alternativen entgegenzustellen.

Das strategische Dreieck linker Politik

Auch die Linke in Deutschland ist damit konfrontiert, dass sie die Bedingungen für eine eigene Offensive und Gegenhegemonie erst noch schaffen muss. Weder politisch, noch wirtschaftlich oder sozial ist sie gegenwärtig eine dominierende Kraft. Die Kämpfe aus einer relativen Schwäche muss sie deshalb so führen, dass diese Situation der Unterlegenheit überwunden wird. Welche Kämpfe könnten dafür entscheidend sein? Darüber braucht die Linke eine breite Diskussion und eine aufmerksame offene Analyse der eigenen, der europäischen und internationalen Erfahrungen.

Die Linke kann auf drei Ebenen gleichzeitig eingreifen: Durch Protest, Kritik und Aufklärung, Kampf um die Deutungen der Krise und Entwicklung solidarischer Bearbeitungsformen sowie durch Eingreifen in Entscheidungsprozesse und praktische Gestaltung. Sie muss sich im strategischen Dreieck linker Politik von sozialem Lernen, breiter Bündnispolitik und Veränderung gesellschaftlicher Eigentums- und Machtverhältnisse bewähren. Es geht um den Kampf von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen und linker parteipolitischer Kräfte für konkrete Einstiegsprojekte solidarischer Veränderung.

Veränderung beginnt mit Opposition

Veränderung beginnt mit Opposition, und dies vor allem auch auf der Straße, durch Streiks, die deutlich politischen Charakter annehmen, und zivilen Ungehorsam. Krisen wie die gegenwärtige sind Phasen gesellschaftlicher Neu-

orientierung. Es werden langfristige politische, soziale und wirtschaftliche Weichenstellungen vorgenommen. Dem muss das Handeln der linken Bewegungen entsprechen. Die gemeinsame außerparlamentarische Mobilisierung durch Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen und die parteipolitische Linke ist ein Ausgangspunkt dafür, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem nicht weiter Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung – in unserem Land, in Europa und in der Welt – gemacht werden kann. Gewerkschaftliche Kämpfe um höhere Löhne, Arbeitsplatzsicherheit, wirksame Mitbestimmung und höhere Zeitautonomie der Beschäftigten sind gerade auch in Zeiten der Krise ein entscheidendes Signal. Wahlerfolge für die Partei DIE LINKE sowie die Stärkung linker Positionen in SPD und den Grünen sowie von sozialen Anliegen in CDU und CSU sind wichtige Zeichen für eine Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse. Es muss alles dafür getan werden, um durch offenen massenhaften, wirkungsvollen friedlichen Protest und Verschiebung des politischen Feldes nach links deutlich zu machen: Die Herrschenden müssen mit dem Volk und mit der Linken rechnen.

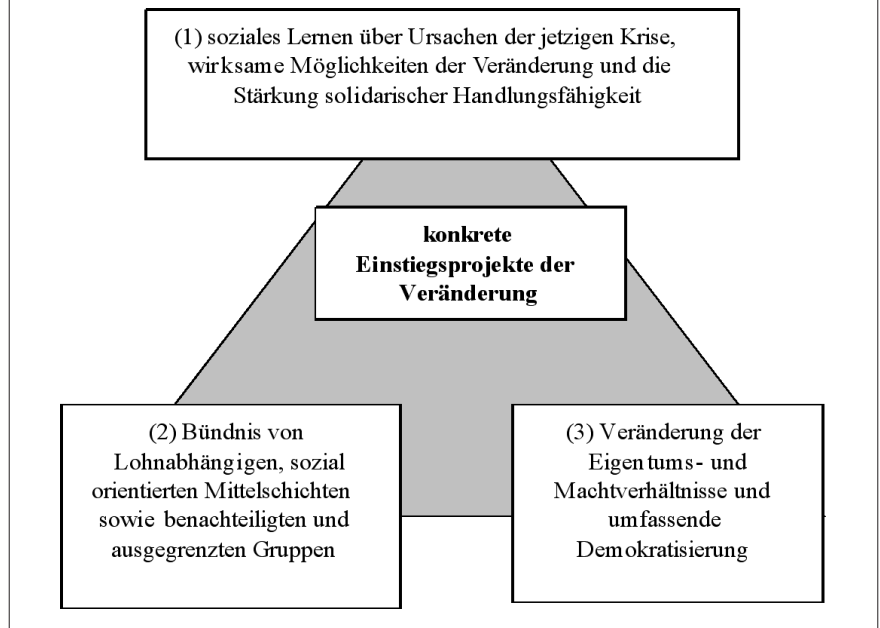
Aufklärung und wirksame Entwicklung gemeinsamer alternativer Positionen in der Öffentlichkeit

Die Chance, durch Aufklärung über die Krisenursachen zugleich zur Entwicklung von überzeugenden Gegenpositionen beizutragen, ist gegenwärtig groß. Niemals seit 1945 war der Kapitalismus derartig bloßgestellt und geistig am Ende.

Emanzipatorische Bildungsarbeit in Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Bürgerinitiati-

gewälzt werden. Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe und den weiteren Raubbau sind überfällig und müssen schnell umgesetzt werden. Geld zur Bekämpfung der Armut und für solidarische Entwicklung der Welt muss zur Verfügung gestellt werden. Die Liberalisierung von Finanzmärkten und Handel ist zu stoppen und zurückzunehmen.

Das strategische Dreieck linker Politik



Die Welt braucht nicht nur Regulierungen sondern ein neues Paradigma, das der Finanzwelt eine Rolle zu Diensten eines neuen demokratischen Systems zuschreibt, das auf der Einhaltung aller Menschenrechte, der würdigen Arbeit, der Nahrungssouveränität, der kulturellen Vielfalt, der sozialen und solidarischen Wirtschaft und einer neuen Auffassung des Reichtums beruht.

Aufgrund dessen fordern wir:

- eine reformierte, demokratisierte UNO im Herzen der Reform des Finanzsystems, denn die G-20 ist kein legitimes Forum, um auf die Krise angemessen zu antworten
- internationale, dauerhafte und bindende Kontrollmechanismen des Kapitalverkehrs
- ein internationales Währungssystem, das auf einem neuen Reservesystem beruht, und regionale Währungen einschließt, um der Vorherrschaft des Dollars ein Ende zu setzen und internationale finanzielle Stabilität zu garantieren
- ein weltweites öffentliches und bürgernahes Kontrollsystem für Banken- und Finanzinstitute. Bankdienstleistungen müssen als ein öffentlicher, für alle frei zugänglicher Dienst für alle Menschen dieser Erde garantiert und aus Freihandelsabkommen herausgenommen werden
- ein Verbot der Hedgefonds und des freihändigen Verkaufs von Derivaten und anderen giftigen Produkten außerhalb jeglicher öffentlicher Kontrolle
- das Ausrotten der Spekulation mit Rohstoffen, vor allem mit Nahrungsmitteln und Energierohstoffen, durch öffentliche Mechanismen zur Preisstabilität
- die Abschaffung von Steuererosen, die Bestrafung ihrer Nutznießer (Personen, Unternehmen, Banken, Finanzmittler) und eine internationale Steuerorganisation, die die Steuerflucht und -konkurrenz unter Kontrolle bringt
- das Aufheben der illegitimen und unhaltbaren Schulden der armen Länder und ein verantwortungsvolles, gerechtes und demokratisches System zur souveränen Finanzierung für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung
- ein neues internationales System der Verteilung der Reichtümer durch eine progressive

ven, in Betrieben, Schulen, Universitäten, in Parteien und Kirchen sowie den Medien und in den Parlamenten ist Bedingung, um die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus und seiner Leitbilder einer Marktgesellschaft, des autoritären Staates und des Menschen als Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge zu überwinden. Aufklärung heißt vor diesem Hintergrund nicht zuletzt, Grundlagen für gemeinsames solidarisches Handeln und Ermutigung für die Selbstorganisation aller an Alternativen interessierten Akteure vom lokalen bis zum globalen Rahmen zu schaffen. Das schließt ein, die eigene Lebensweise als Teil der Krise zu verstehen und zu verändern.

Es ist zwingend erforderlich, den Klassen- und Herrschaftscharakter der jetzigen Agenda der Macht- und Kapitaleliten bei der Bewältigung der Krise aufzuzeigen. Die Linke muss die Frage, wem diese Agenda nützt, in das Zentrum rücken und immer wieder deutlich machen, was die sozialen, die ökologischen, die entwicklungs- und sicherheitspolitischen Ursachen und Folgen der jetzigen Politik sind. Es wird darauf ankommen nachzuweisen, dass durch die Anti-Krisen-Strategien der Eliten die zentralen Ursachen nicht beseitigt werden.

Die Linke sollte im parlamentarischen wie auch außerparlamentarischen Rahmen weiterhin Vorschläge unterbreiten, die bestimmte Ansätze dieser Agenda (Rekonstruktion der sozialen Sicherungssysteme, Steuerreformen, staatliche Eingriffe in private Eigentumsrechte, Kapitalregulierung, ökologischer Umbau, Konjunkturprogramme, Sicherheitspolitik usw.) aufgreifen und weitertreiben. Dabei sollte sie das Konzept einer umfassenden sozialen und ökologischen Transformation, der Demokratisierung und solidarischen globalen Entwicklung überzeugend und konkret als offenes Angebot in der Öffentlichkeit diskutieren.

Sie muss darauf insistieren, dass die Entscheidungen nicht den Herrschenden überlassen werden dürfen. Unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise wird der Kampf um Bewahrung und Ausbau der Demokratie von der lokalen bis zur globalen Ebene zu einer zentralen Frage für die ablaufenden gesellschaftspolitischen Weichenstellungen. Dies betrifft letztlich auch die globale Ebene, die Ebene der Weltwirtschaftsbeziehungen und ihrer Institutionen. Bewahrung und Ausbau der Demokratie müssen mit einem neuen Internationalismus verbunden sein. Es muss deutlich werden, dass Standortnationalismus und Protektionismus der reichen Länder abzulehnen sind.

Die massenhafte Propagierung konkreter Beispiele, die zeigen, dass es anders geht, die Beförderung von Formen des Erfahrungsaustausches über das Anders-Machen, in denen die Erfahrungen der Einzelnen zum Gemein-

gut werden können, sind in dieser Situation wichtige Formen von Lernen und Aufklärung. Dazu können auch Formen wie eine Sozialberichterstattung von unten oder das Monitoring von Haushaltspolitik (Budgetanalyse) gehören, die auf Aufklärung durch Transparenz gerichtet sind.

Die Auseinandersetzung mit den Ursachen und den globalen Folgen der Wirtschaftskrise muss in eine eigene Kultur des Widerstandes angesichts der Unsicherheiten und Bedrohungen münden. Gerade in Krisenzeiten müssen sich linke Bewegungen als Netz verstehen, wo Solidarität gelebt und damit Sicherheit vermittelt werden kann.

Konkrete alternative Projekte auf die Tagesordnung setzen

Die jetzige Krise wird von den herrschenden Eliten genutzt, um sich als handlungsmächtige Gruppen darzustellen, die im Interesse der Gesellschaft erfolgreich aktiv werden. Zum Vergessen soll gebracht werden, dass ihre Politik unmittelbar und direkt für den ungeheuren sozialen Schaden verantwortlich ist, der eingetreten ist. Die relative Schwäche der Herrschenden macht sie aber abhängig. Sie sind angewiesen auf breite Kooperation. Sie versuchen, ihre Politik durch Einbeziehung vieler Kräfte zu legitimieren. Sie haben nicht mehr das alleinige Handlungsmonopol. Dies muss genutzt werden, kommunal, regional, nationalstaatlich, in der Europäischen Union und global.

Die Linke ist aus ihrer Minderheitenposition gefordert, das Handlungsmonopol der Herrschenden zu brechen und praktisch zu beweisen, dass überzeugende Alternativen möglich sind. Die Linke in Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen und Parteien steht vor der Aufgabe, durch konkrete Beispiele zu beweisen, dass es anders besser geht. Das Versagen des Neoliberalismus ist nur die Voraussetzung für eine wirklich andere Entwicklung. Erst der praktische Erfolg solidarischer Alternativen wird die Hegemonie des Finanzmarkt-Kapitalismus wirklich brechen. Das Konzept einer solidarischen Gesellschaft muss in der Wirklichkeit erlebbar und lebbar sein. Es repräsentiert nicht nur eine andere Art des Wirtschaftens, sondern auch eine andere Art politischer Kultur und Lebensweise.

Die Linke kann dort praktisch ansetzen, wo Gewerkschaften um die Veränderung der Tarifverträge kämpfen und für eine andere Wirtschaftspolitik mobilisieren. Sie kann dort eingreifen, wo die Betriebsräte und die Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder linker Parteien in den Aufsichtsräten sitzen. Sie kann mitsprechen, wo soziale Bewegungen, kritische Nichtregierungsorganisationen, Initiativen der Bürgerinnen und Bürger, linke Poli-

kerinnen und Politiker in Beratungsformen der Politik, den Parlamenten und Regierungen, den Kommunalvertretungen und Verwaltungen mitreden und Einfluss auf Entscheidungen nehmen. Sie kann die Instrumente der direkten Demokratie – z.B. Volksbegehren und Volksentscheide auf Landes- und kommunaler Ebene nutzen. Die Erfolge des Kampfes gegen die Privatisierung von Wohnungen in Freiburg und den Verkauf der Leipziger Stadtwerke beweisen es. Aus der Verbindung von grundsätzlichen Forderungen, konkreten Kämpfen und praktischen überzeugenden Projekten überall dort, wo die Linke direkt etwas bewegen kann, können die Ansätze einer solidarischen Alternative entstehen und dazu beitragen, eine grundlegende gesellschaftliche Transformation auf die Tagesordnung zu setzen.

Linke Bewegungen müssen insbesondere da handeln, wo sie stark sind – und das sind sie vor allem auf lokaler und kommunaler Ebene und in den Betrieben. Es sollten die politischen Aktionen in den Vordergrund gestellt werden, die gleichermaßen auf die Durchsetzung von demokratischen Formen gesellschaftlicher Regulierung und gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Gesellschaft gerichtet sind: Der Kampf gegen Armut, die Umverteilung von oben nach unten und von privat zu öffentlich, die Vergesellschaftung des Finanzsektors, Wirtschaftsdemokratie und Demokratisierung der Demokratie, eine Politik der Vollbeschäftigung und guten Arbeit, der Aufbau eines solidarischen Bildungssystems und die Erneuerung und Demokratisierung der Kommunalwirtschaft, die Entwicklung eines entgeltfreien Öffentlichen Personen-Nahverkehrs, sowie eine aktive Friedenspolitik und der Einsatz für eine solidarische und demokratische Erneuerung der Europäischen Union und globale solidarische Entwicklung sind Grundelemente linker Politik.

Der Kampf gegen Armut: 2010 soll in der EU das Jahr gegen Armut sein. Seine wirksame Vorbereitung und Realisierung dürfen nicht »den Krisen« untergeordnet werden. Sofort sollen alle zuständigen Institutionen gemeinsam mit den Betroffenen für alle politischen Ebenen Programme zur Bekämpfung von Armut mit konkreten jährlichen Armutsquoten-Senkungsraten von mindestens 5 Prozent erarbeiten und realisieren.

Umverteilung von oben nach unten und von privat zu öffentlich: Die Anhäufung von Reichtum in den Händen von immer weniger Personen und sozialen Gruppen übt einen ungeheuren Alldruck auf die Gesellschaft aus. Das angehäuften globale Vermögen von rd. 170 Billionen Dollar übersteigt das globale Bruttosozialprodukt um fast das Vierfache. Um nur ein Prozent Zinsen auf dieses Geldvermögen zu zahlen, ist ein globales Wachstum von drei bis vier Pro-

zent nötig, und es würde nur dazu dienen, die Reichen noch reicher zu machen. Ohne eine Abwertung dieses Vermögens, ohne eine stärkere Progression der Einkommenssteuer, ohne Millio-närsteuer und Anhebung der Erbschaftssteuer für große Vermögen sowie die Umverteilung von oben nach unten und von privat zu öffentlich kann dem Finanzmarkt-Kapitalismus nicht die Macht entzogen werden. Dazu gehört vor allem, den Bereich der sozialen Sicherung dem Zugriff der Finanzmärkte zu entziehen und die sozialen Sicherungssysteme auf demokratischer und solidarischer Grundlage zu erneuern.

Die Vergesellschaftung des Finanzsektors: Die zeitweise Verstaatlichung einzelner Banken, die riesigen Bürgschaften und Formen stiller Teilhaberschaft, wie sie die Regierenden gegenwärtig vornehmen, sind keine Lösung. Das Finanzsystem muss in seiner Gänze unter öffentliche Kontrolle, ist auszurichten an den Bedürfnissen kommunaler und regionaler Entwicklung, an der Förderung von Projekten der supranationalen Integration und solidarischer Kooperation. Die wirksame Sozialisierung der Finanzen ist ein Dreh- und Angelpunkt, um den Finanzmarkt-Kapitalismus zu überwinden und die Krise des Kapitalismus progressiv zu lösen. Dazu gehören die Vergesellschaftung des Bankensystems, das Verbot der am stärksten destabilisierenden Praktiken wie Verbriefung, Hebelprodukte, Aktienoptionen, Hedgefonds, eine Bank- und Kapitalmarktreform (Banken sollen keinen Wertpapierhandel betreiben) sowie eine Entschleunigung und Standardisierung des Wertpapierhandels und eine enge internationale (und europäische) Kooperation mit Wechselkursmanagement und Kapitalverkehrskontrollen. Der Weg derartiger Regulierungen könnte sich an der von Keynes 1944 vorgeschlagene *International Clearing Union* orientieren, die Wahrungsspekulationen und starke Handelsungleichgewichte wirksam verhindern sollte.

Die Krise im Banksektor sollte genutzt werden, um einen prinzipiellen Umbau einzuleiten und den Banksektor weitgehend zu vergesellschaften. Erstens geht es darum, dass die 1.200 Genossenschaftsbanken und die ca. 450 kommunalen Sparkassen erhalten und demokratisiert werden. Ihre Ausrichtung an den Langzeitinteressen der Sparerinnen und Sparer und an der lokalen, kommunalen und regionalen Entwicklung im Interesse der Bevölkerung und der für lokale und regionale Märkte arbeitenden Unternehmen sollte institutionell gestärkt werden. Zweitens geht es um eine grundsätzliche Neuausrichtung des Geschäftsmodells der öffentlichen Banken. Es muss auf die Erfüllung öffentlicher Aufträge, der Aufgaben öffentlicher Hände zielen. Dazu gehört der sozial und ökologisch verantwortungsvolle Um- und Ausbau örtlicher, regionaler und überregionaler Infra-

Steuer auf nationalem Niveau und durch eine globale Besteuerung der Kapitaltransaktionen, umweltverschmutzender Produktionen und großer Vermögen, um die weltweiten öffentlichen Güter zu finanzieren.

Aufruf sozialer Bewegungen, Gewerkschaften und Initiativen im Rahmen des Weltsozialforums, Belém 2009

»Das sind die Minimalerfordernisse für ein soziales Konjunkturprogramm, das die Konjunktur von unten nach oben ankurbelt.

Erstens: Sofortausgleich der Einkommensverluste der Hartz-IV-Empfänger seit Beginn der Großen Koalition (12 bis 15 Prozent). Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro und der Sätze für Kinder um mindestens 100 Euro monatlich...

Zweitens: Alle Löhne unter 7,50 Euro sind abzuschaffen.

Ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro lautet das Gebot.

Drittens: Solidarische Arbeitsumverteilung muss auf die Tagesordnung. Die unteren und mittleren Einkommensgruppen müssen bei einer Verkürzung der Arbeitszeit den vollen Lohnausgleich bekommen.

Viertens: Rentner, die mit ihren Renten unterhalb von 800 Euro liegen, sollen 100 Euro mehr im Monat erhalten.

Fünftens: Die Tagesbetreuungs-sätze für Obdachlose müssen auf mindestens 70 Euro pro Tag erhöht werden.

Sechstens: 500.000 Erwerbslose könnten sich selbst Arbeitsplätze suchen bei nicht profitorientierten Dienstleistungen. Mindestlöhne werden garantiert. Ein Arbeitsmarkt von unten gewänne an Dynamik.

Siebtens: Ein Mobilitätsticket von 25 Euro pro Monat für Bürger und Bürgerinnen, die weniger als 800 Euro haben, würde die Lebensqualität erhöhen...

Das erst wäre ein soziales Konjunkturprogramm, das einer liberalen und sozialen Demokratie entspräche. Aus Not geboren wiese dieses Programm in die Richtung, in der die Krise zu überwinden ist. Schritte wie diese förderten den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Durch solche neuen sozialpolitisch angemessenen Gehversuche wird der Produktion von Gewalt entgegengewirkt.«

Peter Grottian, Wolf-Dieter Narr, Roland Roth, Christoph Butterwegge, Mohssen Massarrat in der Frankfurter Rundschau vom 15. Januar 2009

Die Entwicklungen der letzten Jahre und die aktuelle Krise zeigen deutlich, dass die kapitalistische Entwicklung in einen demokratischen Entwicklungsweg geführt werden muss. Dazu fordert die IG Metall als erste Schritte die Erweiterung der Unternehmens- und der betrieblichen Mitbestimmung.

Im Einzelnen:

Unternehmensmitbestimmung

- Neuregelungen im Mitbestimmungsgesetz, dass die Errichtung, Verlegung oder Schließung von Produktionsstätten der Zustimmung des Aufsichtsrats bedarf. Für diese Zustimmung muss eine Mehrheit von 2/3 der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich sein.
- Der Begriff des Unternehmensinteresses muss präzisiert werden. Bei der Diskussion um die Vorstandsgehälter haben wir deshalb bereits gefordert, § 76 Abs. 1 AktG so zu ergänzen, wie es bereits im Referentenentwurf zur Novelle des Aktiengesetzes von 1965 vorgesehen war. »Der Vorstand hat unter eigener Verantwortung die Gesellschaft so zu leiten, wie das Wohl des Unternehmens, seine Arbeitnehmer und die Aktionäre sowie das Wohl der Allgemeinheit es fordern.«

Betriebliche Mitbestimmung

- Bei staatlicher Unterstützung sind Betriebsänderungen nur mit Zustimmung des Betriebsrats möglich (Interessenausgleich § 112 BetrVG vom Betriebsrat erzwingbar und gerichtlich durchsetzbar)
- Bei finanziellen Opfern der Belegschaft sind eine entsprechende Beteiligung am Unternehmen und/oder eine entsprechende Rückzahlungsvereinbarung vorzusehen (Besserungsschein)

IG Metall 2009

http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/view_19945_20409.htm

strukturen; die Wirtschaftsförderung von Unternehmen, die sinnvolle Beschäftigung erhalten und mehren und somit gesellschaftlich nützliche Gebrauchswerte produzieren bzw. realisieren. Öffentlichen Banken müssen auf jegliche Spekulationsgeschäfte verzichten und dürfen nicht auf »Globalisierungsgewinne« zielen. Die EZB muss neben dem Rat und dem Europäischen Parlament verbindlich in den Dialog zur europäischen Wirtschaftsstrategie einbezogen sein. Diese bestimmt den Rahmen für die nationalstaatliche und regionale Wirtschaftspolitik. Und es soll einen weiteren Pfeiler geben: einen Rat bzw. eine Kammer zivilgesellschaftlicher Akteure.

Wirtschaftsdemokratie: Der Neoliberalismus hat in den vergangenen Jahren immer wieder in der Praxis die Eigentumsfrage gestellt – durch Privatisierung, durch Kommerzialisierung öffentlicher Leistungen und die Kommodifizierung von Natur- und intellektuellen Ressourcen. Eingriffe in das öffentliche Eigentum und in die Eigentumsrechte Schwächerer waren die wichtigsten Quellen, aus denen das neoliberale Akkumulationsregime Ressourcen und politisches Gewicht schöpfte. Allen Unternehmen und Betrieben ist die Mitbestimmung zwingend vorzuschreiben. Die Wirtschaft darf nicht länger ein demokratiefreier Raum bleiben. Es geht um die Entwicklung alternativer Geschäftsmodelle im Rahmen der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung und darüber hinaus. Zentral sind dabei im derzeitigen Krisenkontext die Frage nach der Zukunft der Autoindustrie und der Rüstungsproduktion, aber auch jener Sektoren, die jetzt im Rahmen der ökologischen Modernisierung gefördert werden. Die öffentliche Förderung sollte in Form von direkter Unternehmensbeteiligung der öffentlichen Hand erfolgen und mit einer Ausweitung der Mitbestimmungsrechte verbunden werden, einschließlich einer neuen Art von Mitbestimmung auch der Regionen sowie ökologischer und Verbraucherorganisationen, und der Pflicht, sich am sozialökologischen Umbau zu orientieren. Dies ist zugleich die Grundlage einer breiten Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen.

Demokratisierung der Demokratie: Unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise wird der Kampf um Bewahrung und Ausbau der Demokratie von der lokalen bis zur globalen Ebene zu einer zentralen Frage für die ablaufenden gesellschaftspolitischen Weichenstellungen. Demokratische Mitwirkung und Radikalisierung der Demokratie sind wichtige Formen des politischen Lernens. Durch sie können Kenntnisse erlangt werden über Politik, gesellschaftliche Machtverhältnisse, über Möglichkeiten eingreifenden Handelns und darüber, wie vorhandene Grenzen überschritten werden können. Sie legitimieren Alternativen und Widerstand, sie können genutzt werden,

um solidarischem Handeln einen Raum zu geben. Und schließlich schaffen sie Öffentlichkeit von Entscheidungsprozessen – die Entscheidungen dürfen nicht den Herrschenden überlassen werden. Ausschöpfung aller Möglichkeiten, Entscheidungsprozesse auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene transparent zu machen und Bürgerinnen und Bürger an diesen Prozessen zu beteiligen; dies als Bündnisprojekt, bei dem auch andere politische Kräfte Ansatzpunkte für gemeinsames Handeln finden können. Demokratisierung von Haushaltspolitik durch öffentliche Budgetanalyse und partizipative Haushalte sowie Unterstützung von Initiativen zur Kommunalisierung, um der Einbeziehung der Kommunalfinanzen und des öffentlichen Eigentums in spekulative Geschäfte sowie fragwürdigen Konzepten der Haushaltskonsolidierung die Legitimation zu entziehen.

Politik neuer Vollbeschäftigung und guter Arbeit:

Die Veränderungen an den Kurzarbeiterregelungen treffen nicht das tatsächliche Problem. Es wäre an der Zeit, die Idee öffentlich geförderter Beschäftigungssektoren (ÖBS) aus ihrer derzeit auf Nachsorge orientierten Richtung zu lösen und auf eine aktiv und demokratisch neue wirtschaftliche und soziale Strukturen unterstützende Politik auszurichten. ÖBS sollten verstanden werden als Prozess der Schaffung neuer Räume kultureller und sozialer Dienstleistungen, Selbstorganisation und Initiative von unten, solidarischer Integration und so als Basis von neuen Wegen solidarischer Ökonomie sowie der Entwicklung sozial nachhaltigen Wirtschaftens. Gute Bezahlung und Entwicklungsmöglichkeiten, Sinngehalt und Kollegialität, eine Arbeitszeit, die mit Partnerschaft und Leben mit Kindern vereinbar ist, Mitbestimmung und solidarische Kooperation gehören dazu.

Ein solidarisches Bildungssystem und die Erneuerung öffentlicher Räume der Demokratie und Kultur:

Gesellschaftliche Veränderung ist nur möglich, wenn der Zugang zu Bildung, demokratischer Mitwirkung, Kunst und Kultur entscheidend verändert und die soziale Auslese im Bildungssystem überwunden wird. Dazu gehören grundlegende Umgestaltungen des Bildungssystems, beginnend mit dem Ausbau einer integrativen frühkindlichen Förderung, der Einführung von Gemeinschaftsschulen als »Schulen für alle« und Orte des solidarischen Miteinanders, eines sinnerfüllten Lebens in Kindheit und Jugend, der Verbindung von Lernen, Spielen, wechselseitiger Hilfe, demokratischer Mitbestimmung, der Selbstentwicklung und praktischer sozialer Projekte.

Bildung muss auf Handlungs- und Kritikfähigkeit, Fähigkeit zur Selbstbestimmung beruhen und bedarf der Eigentätigkeit, des Lernens und gemeinsamen Handelns ebenso wie

kulturelle Bildung, soziales Lernen, emotionale Entwicklung und politische Bildung. Notwendig sind durchlässige und individuell angepasste Bildungswege bis zur Hochschulreife, der Ausbau eines breiten Angebotes von Lehrstellen und Ausbildungsplätzen – auch als soziale Pflichtaufgabe unternehmerischen Handelns und öffentlicher Dienste. Berufsausbildung, berufliche Weiterbildung und Hochschulbildung müssen zur Realisierung eigener Arbeits- und Lebensvorstellungen beitragen und zugleich solidarisches Handeln befördern. Lebenslanges Lernen muss individuell ermöglicht, sozial und strukturell diskriminierungsfrei abgesichert sein. Es geht um die Befähigung zu selbstbestimmter Lebensweise in pluralen, sozial und kulturell ausdifferenzierten Gesellschaften, deren Vielfalt zum Reichtum der Gesellschaften gehört. Dieser wird nur erfahrbar durch Räume der Begegnung, durch Austausch und kulturvollen Streit – überhaupt durch die Möglichkeit des Anschauens von Welt und die Fähigkeit, Schönes zu sehen und wertzuschätzen.

Der Anspruch selbstbestimmten und solidarischen Lebens muss auch einhergehen mit der Entwicklung partizipativer Instrumente und Wege der Gestaltung sozial gerechter und demokratischer Arbeits- und Lebensverhältnisse. Dazu gehören der partizipative Haushalt, die Nachbarschaftshilfe und Jugendarbeit ebenso wie der kostenfreie Zugang zu Kunst und Kultur und zu öffentlichen Räumen der Selbstorganisation. Diese müssen verteidigt bzw. wiederhergestellt werden, ebenso die soziale und kulturelle Infrastruktur eines lebendigen Kultur- und Alltagslebens, gerade in den Zeiten von Krisen, Verunsicherung und Orientierungssuche. Die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume haben diese Möglichkeiten in den letzten Jahren beschnitten.

Erneuerung und Demokratisierung der kommunalen Wirtschaft als zentrale Achse wirtschaftspolitischer Initiativen mit den Schwerpunkten Energieversorgung, Gesundheitswesen, Transport. Dazu gehört eine entsprechende Qualifizierung der Arbeit der kommunalen VertreterInnen in Aufsichtsgremien im Sinne einer wirklich partizipativen Kommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge jenseits alter Klientelwirtschaft und paternalistischer Fürsorge. Die kommunale Wirtschaft muss Ausgangspunkt einer sozial und ökologisch orientierten Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen werden.

Für einen entgeltfreien Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV): Das Zeitalter des Fossilismus und privaten Konsumismus kann nur beendet werden, wenn die Strukturen von Produktion, Verkehr, Lebensweise und Konsum völlig umgestaltet werden. Die Nutzung des ÖPNV senkt den CO₂-Ausstoß um 90 Prozent,

die volkswirtschaftlichen Kosten und den Flächenverbrauch mindestens um die Hälfte. Ein wesentlicher Schritt sozialer und ökologischer Transformation wäre es, Projekte des schnellen Übergangs zu einem öffentlichen Personen-Nahverkehr umzusetzen, die diesen für Nutzer entgeltfrei machen, hohe individuelle Mobilität gerade auch für sozial schwache Gruppen sichern. Wohnortnahe Versorgung und Lieferung frei Haus sollten gefördert werden.

Friedenspolitik und Einsatz für globale solidarische Entwicklung: Entscheidender Prüfstein für die Tragfähigkeit von Konzepten zur Überwindung der miteinander verflochtenen Krisen ist, inwieweit sie einen Beitrag zu einer durchgreifenden Verbesserung der Lage der Schwächsten im globalen Süden leisten. Der Fortsetzung einer Welthandels- und Entwicklungspolitik im Interesse des Nordens muss das Konzept gemeinsamer solidarischer Zusammenarbeit entgegengestellt werden.

Es geht um Gewinn an Zukunftsfähigkeit im größeren Teil der Welt als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung der Welt als Ganzer. Die sicherheits- und verteidigungspolitischen Strategien und Richtlinien in der EU und ihren Mitgliedsländern sollen ebenfalls Moratorien unterworfen werden. Breite Debatten auf allen politischen Ebenen sollen klären, was »Sicherheit in einer globalisierten Welt« bedeutet. Die ohnehin bescheidenen Millennium Development Goals müssen realisiert werden, Moratorien auf alle Verhandlungen und Abkommen – insbesondere die Abkommen zwischen der Europäischen Union und Entwicklungsländern (EPAs) –, die diese Ziele be- und verhindern, können und sollen sofort zur Wirkung kommen. Weitere Privatisierungen, Mega-Projekte, Emissionshandel und die Schaffung von Karbon-Märkten sollen gestoppt und die demokratische Debatte zu Alternativen eröffnet werden.

In solchen Projekten kann die Linke zeigen, dass jenseits der Pole Staat und Markt konkrete Alternativen möglich sind, in denen ganz neue Handlungsmöglichkeiten entstehen, in denen alle, ob Beschäftigte oder Arbeitslose, Migrantinnen und Migranten, Verbraucherinnen und Verbraucher sich erfolgreich einbringen können, um das eigene Leben und das ihrer Betriebe und Gemeinden zu gestalten. Mündigkeit kann nur in einem Alltag entstehen, der Sicherheit gibt und solidarisch ist, der Sinn macht und befriedigt, in dem nicht fremd über uns verfügt wird, sondern wo verändert werden kann. Es sind Forderungen, die solidarisch mit den Schwächsten sind und Gewinn an Zukunftsfähigkeit bedeuten. Ohne einen konsequenten Bezug auf die globalen Widersprüche und den umfassenden Anspruch von Solidarität bleibt jede Alternative im Rahmen neoliberaler Machtverhältnisse und kann keine emanzipatorischen Potenziale entfalten.

»Die Versorgung der Wirtschaft mit Geld kann nicht der Willkür privater Banken überlassen werden. Sie liegt im öffentlichen Interesse und ist deshalb in öffentlicher Verantwortung zu regulieren.

Die Banken haben sich in den letzten Jahren immer mehr auf die Spekulation verlegt und damit das Finanzsystem ruiniert. Sie sind dabei, auch die Realwirtschaft zu zerstören: Der Geldverleih zwischen den Banken und die Kreditvergabe an Unternehmen stockt. Die Vergesellschaftung der Banken ist das Gebot der Stunde. Dazu gehört eine straffe staatliche Regulierung der Finanzgeschäfte ebenso wie die Übertragung von Eigentumsrechten an die öffentliche Hand (Kommunen, Länder, Bund) und Belegschaften sowie die Bildung von genossenschaftlichem Eigentum.

Um den Spekulanten dauerhaft das Handwerk zu legen, müssen Währungsspekulation unterbunden, Steueroasen geschlossen und strikte Regeln für einen sozial verträglichen internationalen Kapitalverkehr erlassen werden. Hedgefonds, Verbriefungen, Zweckgesellschaften und andere Spekulationsinstrumente müssen verboten werden.«

Frankfurter Erklärung der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE vom 14. Januar 2009

»... nur ein breites gesellschaftliches Bündnis von verschiedenen sozialen und politischen Kräften kann in einem historischen Block die Kraft für eine Politik des Aufräumens mit dem durch das Fiasko des Neoliberalismus angerichteten gesellschaftlichen und politischen Schaden entwickeln.«

Redaktion der Zeitschrift Sozialismus, Januar 2009

»Die Linke hat es bisher noch nicht geschafft, eine umfassende Debatte zu führen, wie das gegenwärtige Modell der Weltwirtschaft bekämpft werden kann. Das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen.«

Henrique Fontana, Fraktionsvorsitzender der brasilianischen Partei der Arbeit (PT) in Belém, Januar 2009

Für eine solidarische Gesellschaft

Die Zeit der Alternativlosigkeit ist vorbei. Wenn die Herrschenden gezwungen sind, sich systemischen Ursachen zuzuwenden, dann öffnen sich auch Eingriffsmöglichkeiten von links und unten. Aber wie können sie erschlossen und genutzt werden?

Es ist Zeit, nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in Europa und weltweit, die Perspektive einer Transformation, die über den Kapitalismus hinausweist, das Ziel einer solidarischen Gesellschaft auf die Tagesordnung zu setzen.

Jede gegenwärtige außerordentliche Maßnahme zielt unvermeidlich auf die tieferen Ursachen und öffnet damit alternative Möglichkeiten: Der Sozialisierung der Verluste kann und muss die Forderung nach Sozialisierung der Verfügung über Eigentum entgegengestellt werden. Die Hilfe für die Industrie des fossilen Zeitalters müsste durch eine Konversion hin zur solaren Energiewende ersetzt werden. Auf die proklamierte Rückkehr zu einer gescheiterten »sozialen« Marktwirtschaft sollte die Linke mit der Forderung nach dem Vorwärts hin zu einer solidarischen Gesellschaft mit einer sozial und ökologisch regulierten Mischwirtschaft mit starken öffentlichen, gemeinwirtschaftlichen Sektoren als Schritt im Zuge eines sozialökologischen Umbaus antworten. Der Fortsetzung einer Welthandels- und Entwicklungspolitik im

Interesse des Nordens könnte das Konzept gemeinsamer solidarischer Zusammenarbeit gegenübergestellt werden.

Wenn der Glaube verbreitet wird, es käme nur darauf an, das egoistische Privatindividuum, den Homo Oeconomicus, besser zu informieren und klarer in die Verantwortung zu nehmen, so sollte die Linke für ein anders Menschenbild stehen – das von selbstbestimmt handelnden Menschen, die in Solidarität ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen und nach dem ganzen Reichtum des Lebens streben. Nach all den verheerenden Erfahrungen können viele Gründe vorgebracht werden, die Macht von Agendakommissionen und geschlossenen Eliten durch das Primat partizipativer Demokratie zu ersetzen und so die im Neoliberalismus potenzierte Enteignung der Gesellschaft von ihren produktiven Kräften überwinden.

Das Konzept einer Solidarischen Gesellschaft ist ein Konzept der Wiederaneignung dieser produktiven Kräfte mit dem Ziel der Überwindung der zerstörerischen Tendenzen der letzten Jahrzehnte und der Selbstbesinnung der Massen auf ihre eigene Kraft, Probleme der Welt gemeinsam zu lösen. Dies betrifft alle Ebenen – die lokale, die regionale wie auch die globale. Eine andere, eine solidarische Welt ist nicht nur nötig, sie ist mehr denn je auch möglich.

IMPRESSUM

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
info@rosalux.de
www.rosalux.de

WISSENTransfer
Wissenschaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik e. V.
Lange Koppel 120
22926 Ahrensburg
buero@wissenstransfer.info
www.wissenstransfer.info

Fotos: Karl Dietz Verlag Berlin, Neues Deutschland

Vi.S.d.P.: Marion Schütrumpf



Weiterführende Literatur

Die Linke hat in den letzten Monaten eine sehr umfassende und intensive Diskussion zur Krise geführt. Diese Diskussion und viele aktuelle Artikel sind vor allem auf den Websites folgender Organisationen dokumentiert:

- ATTAC Deutschland: <http://www.attac.de/>
- Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di: <http://www.verdi.de/>
- Focus on the Global South: <http://focusweb.org/>
- Friedrich-Ebert-Stiftung: www.fes.de
- Industriegewerkschaft IG Metall: <http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet>
- Partei DIE LINKE: <http://die-linke.de/>
- Rosa-Luxemburg-Stiftung: www.rosalux.de
- Transnational Institute, Amsterdam: www.tni.org

Zu den neueren Buchdarstellungen gehören:

- Joachim Bischoff: Jahrhundertkrise des Kapitalismus. Welche Entwicklungsperspektiven? Hamburg 2009.
- Mario Candeias; Rainer Rilling; Katharina Weise (Hrsg.): Krise der Privatisierung – Rückkehr des Öffentlichen. Berlin 2009.
- Mario Candeias; Rainer Rilling: Neues vom Finanzkapitalismus. Berlin 2009.
- Franz Groll: Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft. Visionen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung. Hamburg 2009.
- Dieter Klein: Krisenkapitalismus. Wohin es geht,

wenn es so weitergeht. Berlin 2008.

- Karl Heinz Roth: Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven. Hamburg 2009.
- Thomas Sauer; Silke Ötsch; Peter Wahl (Hrsg.): Das Casino schließen! Reader des Wissenschaftlichen Beirats von attac. Hamburg 2009.
- Peter Wahl: Entwaffnet die Märkte! Der Finanzcrash – Ursachen, Hintergründe, Alternativen. AttacBasisTexte 32. Hamburg 2009.

Es gibt eine Reihe von Blogs zur Krise, auf die verwiesen sei:

- Brecht Forum: <http://brechtforum.org/economywatch>
- Calculated Risk: <http://www.calculatedriskblog.com/>
- Casino Crash: <http://nieuw.tni.org/>
- Credit Writedowns: <http://www.creditwritedowns.com/>
- Crisislinks: <http://crisislinks.wik.is/>
- D&S-Blog: <http://dollarsandsense.org/blog/>
- Great Recession: <http://www.greatrecession.info/>
- Interfluidity: <http://interfluidity.powerblogs.com/>
- Querschuss: <http://wirtschaftquerschuss.blogspot.com/>
- Radical Perspectives: <http://sites.google.com/site/radicalperspectivesonthecrisis/>
- Roubini: <http://www.rgemonitor.com/blog/roubini/>